

DAS ARCHIV

ZEITUNG FÜR WOLFSBURGER STADTGESCHICHTE

0,00 €

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation der Stadt Wolfsburg

Jg. 9 (August 2024)

Editorial

VON ALEXANDER KRAUS

Bereits ein halbes Jahr vor der feierlichen Grundsteinlegung für das Wolfsburger Rathaus unterzeichnete die Stadt einen Vertrag mit dem Stadtlandschaftsmaler Hans Kreuzer, der den expliziten Auftrag bekam, den Aufbau der Stadt künstlerisch zu dokumentieren. Seinen Wolfsburg-Ansichten der 1950er Jahre – platziert als „Amtsstubenschmuck“ im Rathaus – widmet das *Stadtmuseum im M2K* gegenwärtig eine Ausstellung. Was lag näher, als mit Arne Steinert, dem Kurator der Ausstellung, über Kreuzers Wirken in Wolfsburg zu sprechen?

Birte Gildehaus wiederum analysiert in ihrem Beitrag eine Fotoserie, die die Wolfsburger Pressefotografin Renate Reichelt am 19. März 1980 rund um das Rathaus aufgenommen hat. Damals demonstrierten mehr als 2.000 Schülerinnen und Schüler gegen die geplante Schulgesetzänderung für das Land Niedersachsen. Gildehaus begreift Reichelt als eine „Bildagentin“ im Kontext der der lokalen Protestgeschichte. Im gleichen Jahrzehnt zeichnete sich dagegen in Wolfsburg-Westhagen bereits ab, dass das neugebaute Stadtviertel die mit ihm verbundenen Erwartungen nicht zu halten versprach. Pia Kleine zeichnet in ihrem Beitrag die Versuche von Stadt, Wohnungsgesellschaften, Anwaltsplanerin wie Bürgerinnen und Bürgern des Viertels nach, die „Betonwüste“ zu Gunsten von mehr Grün umzugestalten und über diese Maßnahmen das Wohnumfeld insgesamt zu verbessern.

Schließlich steht eine Fotografie in einem Bildessay zentral, die die Aufarbeitung der lokalen NS-Geschichte dokumentiert. Sie ist am 8. Mai 1985, dem vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes in Europa, auf dem Friedhof an der Werder Straße aufgenommen worden.

Den Abschluss der Ausgabe bildet ein Interview mit Peter Leßmann-Faust, der in seinem im Frühjahr dieses Jahres erschienenen Buch den schweren Start von Betriebsrat und *IG Metall* im Wolfsburg der Nachkriegszeit behandelt.



Abb. 1: Aquarell „Porschestraße“, 1955. Blick nach Süden durch die – möglicherweise aus Anlass des Schützenfestes – in den Stadtfarben geschmückte Porschestraße mit dem Kaufhaus WKS am rechten Bildrand und Neubauten an der Einmündung der Rothenfelder Straße am linken; in der Bildmitte das Kino *Delphin-Palast* noch ohne Vorbauten; Repro: Stadtmuseum im M2K

Maler zwischen Baustellen und Baracken

Hans Kreuzer – eine Wiederentdeckung

ARNE STEINERT IM GESPRÄCH

Alexander Kraus: Mit den Skizzen des Stadtlandschaftsmalers Hans Kreuzer (1911–1988), die dieser in den späten 1950er Jahren in Wolfsburg angefertigt hat, stellt das *Stadtmuseum im M2K* gegenwärtig einen Künstler ins Rampenlicht, dessen Arbeiten zu den frühesten Kunstankäufen der Stadt Wolfsburg gehören. So sind allein auf der ersten Seite des – wohl rückwirkend erstellten – Inventarbuches der Städtischen Galerie Wolfsburg elf Arbeiten Kreuzers verzeichnet (Abb. 2), darunter die Aquarelle „Eingang des Krankenhauses“ (Position 004/55), „Blick zum Mahnmal“ (016/55) oder „Porschestraße“ (020/55). Die allermeisten Wolfsburg-Arbeiten Kreuzers zeigen Motive des Stadtaufbaus, die er als Zeichnung und Aquarell ausführte. Wie ist die Stadtverwaltung auf Kreuzer gekommen und zu welchem Zweck hat sie ihn beauftragt, das Werden der Stadt künstlerisch zu dokumentieren?

Arne Steinert: Hans Kreuzer hatte sich schon einen gewissen Ruf erarbeitet, als die Stadt Wolfsburg Ende 1954 Kontakt zu ihm aufnahm. Dies geschah unter anderem über den für *Volkswagen* tätigen Siegfried Kohlhammer, der später auch erster Vorsitzender des *Kunstvereins Wolfsburg* werden sollte. Kreuzer war nach dem Krieg in Abbensen nördlich von Hannover ansässig geworden und hatte seit 1950 den Wiederaufbau der schwer kriegszerstörten Landeshauptstadt in einer großen Zahl von Zeichnungen und Aquarellen festgehalten.

Die Initiative dazu, ihn gegebenenfalls auch in Wolfsburg tätig werden zu lassen, ging vom stets als „kunsstsinig“ charakterisierten Oberstadtdirektor Wolfgang Hesse aus. Der erste Versuch, Kreuzer persönlich in seinem Atelier kennenzulernen, schlug allerdings fehl, denn Hesse fuhr prompt ins falsche Abbensen, nämlich in das bei Peine und nicht

das in der Wedemark. Schließlich reiste dann Kreuzer Ende Januar 1955 nach Wolfsburg. Über seine Arbeitsproben mit Motiven aus Hannover und anderen Städten hieß es in einem Aktenvermerk „Die Bilder sind ausgezeichnet“.¹

In dieser Zeit wurden viele Weichen dafür gestellt, dass sich Wolfsburg zu einer „richtigen“ Stadt mit angemessener Infrastruktur entwickeln konnte. Nicht zuletzt liefen bereits die Planungen für den Rathaus-Neubau, dessen Grundstein dann im September 1955 gelegt wurde. Kreuzer würde also eine Vielzahl von Motiven finden, mit denen man Dienst- und Repräsentationsräume der Stadtverwaltung, gerade auch später im neuen Rathaus, würde ausstatten können. „Amtsstubenschmuck“ ist ein etwas despektierlicher Ausdruck für solche Art von Kunstwerken. Aber Wolfsburg vergewisserte sich mit dieser Art Auftragskunst

der Anstrengungen und des Gelingens des Stadtaufbaus.

Alexander Kraus: „Amtsstubenschmuck“ klingt nicht wirklich nach Renommee, aber seine Arbeiten erfüllten ihren Zweck. Tatsächlich scheinen zahlreiche seiner Aquarelle und Zeichnungen später die Wände des Rathauses geziert zu haben, sind doch zu den Kunstwerken akkurat die entsprechenden Zimmernummern im Inventarbuch festgehalten. Ein solcher Karriereweg ist ganz unabhängig davon schon einmal speziell. Kannst Du Kreuzers künstlerischen Werdegang schildern und vor allen Dingen darlegen, wie er sich den Ruf als



„malender Chronist des deutschen Wiederaufbaus“ erarbeitet hat?²

Arne Steinert: Kreuzer war Jahrgang 1911 und stammte aus Breslau. Dort war er als Chemigraph in einem Spezialgebiet der Druckvorlagenerstellung tätig. Sein Talent als Zeichner entdeckte er während eines langen Krankenhausaufenthalts. Frisch genesen, machte er sich auf einen Motorrad-Trip durch Deutschland, malte und zeichnete die verschiedensten Landschaften und suchte Kontakte zu Künstlern. Zurück in Breslau besuchte er die dortige *Staatliche Akademie für Kunst und Kunstgewerbe*, beteiligte sich an Ausstellungen und machte sich 1939 mit einem eigenen Atelier für Porträt- und Landschaftsmalerei selbständig. Seine Werke wurden unter anderem auch in den von der *Deutschen Arbeitsfront* veranstalteten sogenannten *Fabrikausstellungen* gezeigt, so dass wir uns über Kreuzers damalige Haltung zum NS-System wohl keine Illusionen machen dürfen.³

Im Jahr 1942 wurde Kreuzer zur *Wehrmacht* eingezogen und an der niederländischen Grenze stationiert. Hier geriet er 1945

in britische Kriegsgefangenschaft und wurde in Ostfriesland interniert. Nach seiner Entlassung konnte er nicht mehr nach Breslau zurückkehren sondern folgte seiner Frau nach Hannover, wohin diese aus Schlesien zu ihren Eltern geflohen war. Schließlich wurde die Familie in Abbensen in der Wedemark heimisch. In dieser ländlich geprägten Umgebung fand Kreuzer mit dem Malen von Hofansichten und Porträts ein Auskommen, bis eine Reise mit einem im Straßenbau tätigen Bekannten seine Faszination für eine völlig andere Bildwelt weckte. Kreuzers Leidenschaft wurden Baustellen, Baumaschinen und Bauarbeiter.

Im nahen Hannover, dessen Stadtlandschaft sich durch den Wiederaufbau erheblich wandelte, gingen ihm die Motive nicht aus. Sein Schaffen erscheint beinahe manisch, wenn man eine Zeitungsnotiz aus dem Jahr 1953 liest: „Sein 400. Bild vom Wiederaufbau der Landeshauptstadt hat der unter dem Namen ‚Aufbau-Kreuzer‘ bekannte Maler Hans Kreuzer [...] fertiggestellt.“⁴ Abnehmer für seine Bilder fand er bei der Stadtverwaltung, anderen

Behörden, Unternehmen und schon bald auch im *Historischen Museum*, das ihm 1960 eine erste Ausstellung mit dem Titel *Hannoversche Baustellen 1950–1958* widmete.

Kreuzers Tochter Susanne, die ich bei den Recherchen zu unserer aktuellen Ausstellung sprechen konnte, charakterisierte ihren Vater als wahres Genie im Knüpfen von Kontakten. Und so dürfte eine Baustelle zur nächsten, ein Auftraggeber zum nächsten geführt haben. Eigentlich erscheint es fast zwangsläufig, dass auch Wolfsburg zum Motiv für Kreuzer wurde, gerade weil es sich hier um den kompletten Neuaufbau einer Stadt handelte.

Alexander Kraus: Wolfsburg galt dem Schriftsteller und Journalisten Horst Mönnich in jenen Jahren als eine „Stadt von morgen“, so sehr sei sie im permanenten Wandel. In Konsequenz müsse jeder, der den Versuch wage, „das Bild dieser Stadt zu beschreiben“, daher den Ausführungen „eine Jahreszahl voransetzen“, so er sich nicht den Vorwurf gefallen lassen wolle, als „unzuverlässiger Beobachter“ zu gelten.⁵ Und tatsächlich wandelte sich das Antlitz der

Dauer- nr.	Titel	Preis		Maler	Bemerkungen
		DM	Spf.		
001/50	Aquarell - Siegsdorf	30	-	Gemeinsch. Zeichnung	Wolfsburg
002/50	Wasserbild - Schloss Wolfslage u. Raben	60	-	Walter Haack	Wolfsburg
003/50	Prof. Fritz Rüter - Gorkij	15	-	H. H. H. H.	Wolfsburg
004/50	Aquarell - Ring am Laubus	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
005/50	Baugang am Kandelbaum	100	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
006/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
007/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
008/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
009/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
010/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
011/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
012/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
013/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
014/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
015/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
016/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
017/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
018/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
019/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
020/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
021/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
022/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
023/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
024/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
025/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
026/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
027/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
028/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg
029/50	Aquarell - Blick von Wolfslage	30	-	Hans Kreuzer	Wolfsburg

Abb. 2: Die Seite 1 des Inventarbuches der Städtischen Galerie Wolfsburg; Foto: Lena Puls

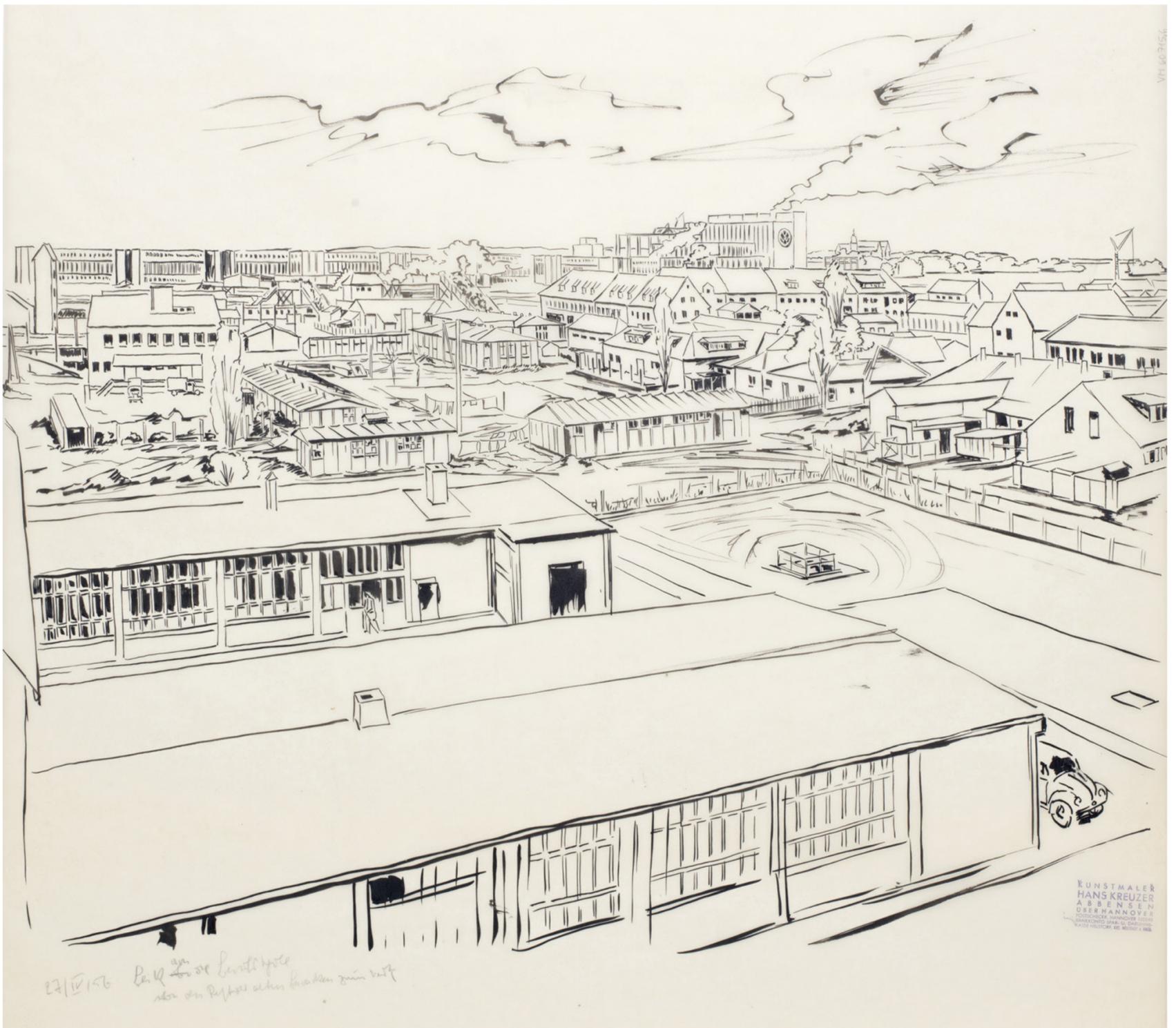


Abb. 3: Tuschezeichnung „Blick von der Berufsschule über den Rest der alten Baracken zum Werk“, 1956. Orientierung in dieser Ansicht bietet in der Bildmitte eine Reihe von drei Häusern, die noch heute so am werksseitigen Ende des Schachtwegs zu finden ist; Repro: Historisches Museum Hannover



Abb. 4: Zeichnung „Wolfsburg Wohltberg“, 1955. Die Fassadengestaltung des Hauses am linken Bildrand erlaubt die genaue Lokalisierung: Einmündung der Insterburger Straße (im Vordergrund) in die Wohltbergstraße; Repro: Stadtmuseum im MZK

jungen Stadt damals in rasantem Tempo. In der *Deister- und Weserzeitung* hieß es in einer Reportage aus dem Jahr 1959: „Immer neue Häuser, immer neue Stadtteile. Und man kann fast sagen, daß neuerdings ein Haus anders aussieht als das andere. Immer neue Ideen lassen sich die Architekten einfallen, um das Stadtbild zu beleben, um es interessant und bunt zu gestalten.“⁶ Für welche Motive Wolfsburgs entschied sich Kreuzer und wie erfolgte der Abstimmungsprozess mit der Stadtverwaltung?

Arne Steinert: Kreuzer besuchte Wolfsburg nur wenige Jahre früher. Er erlebte nicht nur den Neubau des Rathauses mit sondern auch den des Bahnhofs, der Stadthalle, verschiedener Schulen, Kirchen und ganzer Wohngebiete. Im März 1955 kam es zum Abschluss eines ersten Vertrages, mit dem die Stadt Kreuzer damit beauftragte, „aus dem Aufbaugebiet der Stadt Wolfsburg 20 bis 30 Motive in Aquarell zu malen oder zu zeichnen. Dabei sollen einem Aquarell 2 Zeichnungen gleichwertig sein.“⁷ In den beiden Folgejahren wurden noch zwei weitere Verträge geschlossen, die aber nicht mehr ganz so gut nachzuvollziehen sind.

Vorausgegangen war ein gemeinsamer „Auftritt“ von Oberstadtdirektor Wolfgang Hesse, Ratsherr Hugo Dreyer und Hans Kreuzer im Schul- und Kulturausschuss, bei dem Kreuzer neben Bildern aus anderen Städten

auch seine ersten zwei Wolfsburg-Motive präsentierte: das Krankenhaus und das Ratsgymnasium. Vertraglich wurde festgelegt, dass dem Ausschuss vierteljährlich Skizzen zur Auswahl der letztlich zu malenden Bilder vorgelegt werden sollten. Für die genannten 20 bis 30 Bilder, die innerhalb eines Jahres anzufertigen waren, sollte Kreuzer ein Honorar von DM 4.000,- erhalten.

Zusätzlich zu den gewünschten Skizzen erstellte Kreuzer detaillierte Vorschlagslisten, die zum Motiv auch den Standort des Malers und einen günstigen Zeitpunkt (Jahres- oder Tageszeit) enthielten. Zum Motiv „Kleiststr.-Berufsschule“, das von uns für das Ausstellungsplakat ausgewählt wurde (Abb. 8), nennt seine Liste vom 22. April 1955 zum Beispiel als Standort „1.Stck.Haus“ – es dürfte sich um das Haus an der Ecke Kleiststraße/Schachtweg handeln, in dessen Erdgeschoss sich heute ein Tattoo-Studio befindet – und als Zeit „Winter“.⁸ Aber auch Hinweise wie „Gerüst neben Scheune erforderlich“ oder „eilt, Motiv wächst zu“ finden sich.

Die erhalten gebliebenen Wolfsburg-Ansichten zeigen unter anderem natürlich das Rathaus in verschiedenen Baustadien, ebenso die Baustellen des Bahnhofs, der Stadthalle und verschiedener Geschäftshäuser an der Porschestraße. Das Krankenhaus ist ebenso ein Motiv wie die Pestalozzischule

oder die Stadtverwaltungs-Baracken an der Nordsteimker Straße. Überhaupt: Baracken! Ihre Zeit ist Mitte der 1950er Jahre noch lange nicht vorbei, und so sind sie häufig bei Überblickansichten im Bild (Abb. 3). Auch der Bau neuer Wohnquartiere am Wohltberg (Abb. 4), im Eichelkamp oder Klieversberg wird gezeigt. Fasziniert war Kreuzer auch vom Schachtweg, den „Stegen“ ins VW-Werk (Abb. 5) und den Werkswachen. Hier fand er auch sichtbar Gefallen an der Darstellung des Fuhrparks der VW-Werker, vom Drahtesel über Motorroller bis zu Brezel- und Ovali-Käfer und einem eindeutig zu identifizierenden Ford „Weltkugel-Taunus“.

Sehr häufig waren es Baustellen, die Kreuzer malte. Der Prozess des Schaffens interessierte ihn mehr als das Abgeschlossene. Dies passte perfekt zu den Intentionen der Auftraggeber, wird mit diesen Motiven doch überliefert, mit welchem Aufwand und welchen Anstrengungen Wolfsburgs Aufbau verbunden war. Nicht selten zeigen Kreuzers Ansichten aber auch schon das pralle Stadtleben, sind die Straßen und Plätze voller Verkehr und Passanten. So etwa, wenn er den Wochenmarkt vor dem noch nicht ganz fertiggestellten Rathaus einfängt oder beim genannten Plakatmotiv das geschäftige Treiben auf der Kleiststraße festhält. Kreuzers Bilder sind als „reportageähnlich“ bezeichnet worden,⁹ was

seinen Stil treffend beschreibt. Kreuzer malte nah an der Wirklichkeit, aber die Bilder haben nichts Statisches, und damit gelingt es ihm auch, Aufbruchstimmung, Optimismus und Modernität auszudrücken.

Alexander Kraus: Wie bist Du denn überhaupt auf die Idee gekommen, eine eigene Ausstellung zu Kreuzers Wolfsburg-Motiven zu kuratieren, bei denen es sich ja um einen klassischen Fall von Auftragskunst handelt?

Arne Steinert: Dass ich wieder auf Kreuzer aufmerksam wurde, ist einer Kollegin zu verdanken, die als Freiberuflerin für das *Historische Museum Hannover* (HMH) tätig war. Das HMH bewahrt neben vielen Aquarellen nämlich auch gut 50 lange Rollen aus Pergamentpapier mit nebeneinander angeordneten Zeichnungen von Hans Kreuzer auf. Und besagte Kollegin machte mich vor einigen Jahren auf Wolfsburg-Motive auf diesen Rollen aufmerksam. Als ich sie mir in Hannover ansah, war ich wirklich begeistert! Zum einen, weil die mit Feder und Pinsel ausgeführten Tuschezeichnungen so kraftvoll und dynamisch daher kamen und mir damit besonders gut zur Aufbauzeit zu passen schienen, zum anderen, weil ich einige Motive erkannte: Sie waren in der Wolfsburger *Stadtmuseums*-Sammlung als Aquarelle vorhanden.

Damals dachte ich, wir hätten es bei den Zeichnungen mit Vor-

arbeiten zu den Aquarellen zu tun. Die wollte ich in einer Ausstellung zusammenführen, zumal ich mir nicht vorstellen konnte, dass die Zeichnungen in Wolfsburg wirklich breit bekannt waren. Allerdings fand ich damals schon rätselhaft, wie Kreuzer die Papierrollen – wir sprechen hier von 70 Zentimeter Breite bei zum Teil über sieben Meter Länge! – hatte bändigen können, wenn es sich bei den Zeichnungen darauf wirklich um Skizzen handeln sollte, die womöglich auch noch im Freien angefertigt worden waren. Wie es sich damit tatsächlich verhielt, sollte ich viel später erfahren.

Zum Stichwort „Auftragskunst“ – das macht die Ausstellung auf einer zusätzlichen Ebene interessant. Natürlich laden uns die Bilder heute erstmal zum Wiedererkennen und zum Vergleich mit dem heutigen Stadtbild ein. Das macht Spaß und führt zu manchem Aha-Effekt. Aber spannend ist doch, dass die Stadt einen Maler und Zeichner beauftragt hat, ihr modernes Rathaus zu schmücken. Den Auftraggebern war sehr bewusst, dass sich mit Wolfsburgs Aufbau etwas abspielte, was des Dokumentierens wert war, aber Fotos davon schienen ihnen zu prosaisch gewesen zu sein. So knüpfen die Bilder Hans Kreuzers – und kurze Zeit später die des ungleich weniger gegenständlich malenden Günter Bieling – in zeitgemäßer Form an Traditionen und Wertvorstellun-



Abb. 5: Tuschezeichnung „Wolfsburg/der alte und der neue Brückenübergang“, 1956. Die Stege ins Werk, etwa in der Verlängerung des Schachtwegs; links die alte Holzkonstruktion, rechts der breitere, 1956 gerade neu errichtete Übergang aus Metall; Repro: Historisches Museum Hannover

gen an, wie stadtgeschichtliche Überlieferung in einem Rathaus auszusehen habe. Und schließlich durfte in Wolfsburgs Rathaus-Neubau ja auch ein „Ratskeller“ nicht fehlen.

Alexander Kraus: Die Pergamentpapierrollen sind spannende Ausstellungsobjekte, aber sicherlich nicht leicht zu inszenieren. Aber was genau hat es denn mit ihnen auf sich? Zu welchem Zweck entstanden die Zeichnungen auf den Pergamentpapierrollen?

Arne Steinert: Von Anfang an war klar, dass wir die Rollen als Originale zeigen wollten, auch wenn sieben Meter Länge natürlich jeden Bilderrahmen oder jede Vitrine sprengen und wir natürlich auch mit Reproduktionen würden arbeiten müssen. Das *Historische Museum Hanno-*

ver hat uns von Anfang an bereitwillig mit Leihgaben und eigens angefertigten Repros unterstützt, wofür ich den Kolleginnen und Kollegen auch hier noch einmal ganz herzlich danken möchte! Eine findige Gestalterin aus Hannover hat dann vier Gestelle gebaut, auf denen sie die vier Rollen mit Wolfsburg-Motiven teilweise entrollen konnte (Abb. 6). Für eine sichere und zugleich schonende Befestigung nahm sie dabei Magnete zu Hilfe. So gibt es in der Ausstellung in vier Vitrinen fünf Kreuzer-Zeichnungen im Original zu sehen, darunter auch eine ganz zarte, mit rotem Farbstift ausgeführte Zeichnung von Schloss Wolfsburg inmitten der Parklandschaft. Fast alle anderen der „eingerollten“ Wolfsburg-Motive, insgesamt 35, werden als Reproduktionen gezeigt, dazu kommen elf erhaltene und größ-

tentils zeitgenössisch gerahmte Aquarelle aus der *Stadtmuseums-Sammlung* sowie einige Archivalien aus dem IZS-Bestand, die den Ankaufsvorgang in den 1950er Jahren dokumentieren.

Das Rätsel der Rollen wurde im Gespräch mit Kreuzers Tochter, Susanne Kreuzer, gelöst. Sie erklärte mir, dass die Zeichnungen keine Vorarbeiten zu den Aquarellen waren, sondern es sich um nachträgliche Übertragungen von eben diesen Aquarellen handelte. Ihr Vater hatte sich damit quasi ein persönliches Archiv seiner für den Verkauf bestimmten Auftragsarbeiten angelegt. Das macht die Zeichnungen in meinen Augen aber nicht weniger wertvoll. Sie sind eindeutig mehr als Abklatsch oder bloße Gedächtnisstützen, sondern können durchaus als eigenständige Kunstwerke gelten, ausgeführt in



Abb. 6: Tuschezeichnung „Wolfsburg Ecke Porschestraße – Goethestraße mit Markt und Rathausneubau“, 1955. Vitrinenpräsentation einer der Papierbahnen; vollständig entrollt käme sie auf eine Länge von 7,52 Meter; Foto: Stadtmuseum im M2K



Abb. 7: Aquarell und Tuschezeichnung „Wolfsburg, Rathausneubau Ende 1. Bauabschnitt“, 1956. Die Gegenüberstellungen zeigen beispielhaft, wie exakt Kreuzer die Zeichnungen vom Aquarell übertragen, bisweilen auch abgepaust hat; Repros: Stadtmuseum im M2K und Historisches Museum Hannover



Abb. 8: Die Ausstellung im Stadtmuseum im M2K in den Schlossreimen ist noch bis zum 29. September zu sehen, geöffnet Do/Fr 10-17, Sa 13-18 und So 11-18 Uhr.

einer anderen Technik. Und dort wo wir Aquarell und Zeichnung in Kombination zeigen können, macht der Vergleich die Ausstellung besonders reizvoll (Abb. 7).

Aber auch Kreuzer begann seine Arbeit in Skizzenblöcke mit heraustrennbaren Einzelseiten, nicht zuletzt um dem Schul- und Kulturausschuss Motiv-Vorschläge unterbreiten zu können. Leider hat sich dieses Material, wie mir seine Tochter mitteilte, nicht erhalten. Aber durch eine erstaunliche Fügung wurde die Ausstellung kurz nach der Eröffnung noch um eben zwei solcher Einzelblätter ergänzt. Eine langjährige Museums- und Stadtführerin meldete sich bei mir mit der Nachricht, dass sie vor vielen Jahren zwei Kreuzer-Skizzen auf einem Wolfsburger Flohmarkt gekauft habe und sie nun gerne als Leihgaben zur Verfügung stellen wolle. Auch diese sind nun in der Ausstellung zu sehen und erscheinen im Vergleich zu den vom Aquarell abgenommenen Zeichnungen nur ein klein wenig „rauer“. An ihnen wird klar, dass Kreuzer ein sehr sicherer Zeichner war. Bedauerlich ist nur, dass wir von keinem Motiv die komplette „Dreierreihe“ – also Skizze auf einem Einzelblatt, farbiges Aquarell und vom Aquarell übertragene Zeichnung auf der Pergamentpapierrolle – zeigen können. Eine Fassung fehlt leider immer.

Alexander Kraus: Auf den Pergamentrollen Kreuzers sind ja nicht allein Motive aus Wolfsburg festgehalten. Was bekäme man auf ihnen zu sehen, wenn sie ganz entrollt wären?

Arne Steinert: Drei der vier Rollen mit Wolfsburg-Ansichten enthalten ausschließlich Motive aus Wolfsburg, auf der vierten finden sich außerdem noch Darstellungen einer Klappbrücke in Cuxhaven, der Baustelle der Okertalsperre im Harz, einer Wasserkraftanlage in Drakenburg an der Weser und eines Schleusentores an der Ems. Wenn man die Inventarlisten zu den insgesamt über 50 Rollen im Bestand des *Historischen Museums Hannover* überfliegt, stößt man unter anderem auf Motive wie „Fehmarnsundbrücke (Pfeilerbau/Inselseite)“, „Neubau einer Offiziersunterkunft in Munster (Lager)“, „Uferbefestigungen auf Helgoland“, „Landesversorgungskrankenhaus Bad Pyrmont“, „Extertalbahn bei Rinteln“ oder „Rohrverlegung mit Grubenbagger der Nord-West-Ölleitung im Emsland“.

Dass der letzte Auftrag der Stadt Wolfsburg „als abgeschlossen anzusehen“ sei, beschied das Schulamt Hans Kreuzer am 4. Oktober 1957.¹⁰ In den 1960er Jahren hatte er dann immerhin noch einmal eine Begegnung mit dem Wolfsburger Produkt schlechthin: Im Besitz seiner Tochter befindet sich auf einer Rolle noch eine Zeichnung der Verladung einer unüberschaubaren Menge von Käfern im Hafen von Emden.

Alexander Kraus: Die von Dir geschilderten Orte, an denen er

seiner Kunst nachging, erklärt den von Dir bereits erwähnten Spitznamen „Aufbau-Kreuzer“. Der Künstler eröffnet mit dokumentarischer Genauigkeit eine bildliche Perspektive auf den bundesdeutschen Wiederaufbau und das ‚Wirtschaftswunder‘. Gibt es denn Motive, die Du nicht erwartest oder aber vermisst hast? **Arne Steinert:** Da kann ich nur für die Wolfsburg-Motive sprechen. Schade finde ich, dass es keine Kreuzer-Bilder mit Motiven aus dem VW-Werk zu geben scheint. Im Konzernarchiv lässt sich dazu jedenfalls nichts nachweisen. Zwar hat Kreuzer die Stege ins Werk gemalt und gezeichnet, und dies in einem Fall auch vom Werksgelände aus mit Blick auf die Stadt, aber auf seinen Blick in die Werkshallen und auf die Käfer-Produktion wäre ich schon neugierig gewesen.

Wirklich überrascht hat mich die von Kreuzer auf einer Rolle so betitelt Zeichnung „VFL Platz“ von 1957. Sie zeigt einen Kick im Stadion am Elsterweg mit einigen wenigen Zuschauern auf noch ganz flachen Wällen als Tribünen und mit freier Sicht auf das Werk, die St. Annen-Kirche und das Schloss Wolfsburg im Hintergrund. Auch dazu muss es ja ein Aquarell gegeben haben, doch dessen Verbleib ist leider unklar. Als alter Fußball-Romantiker hätte ich es zu gerne gesehen!

Dr. Arne Steinert studierte in Göttingen Volkskunde (Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie), Publizistik und Politikwissenschaft und promovierte zum Thema „Musealisierung von Technik und Arbeit“. Nach einem Volontariat am Museum für Hamburgische Geschichte war er seit 1999 in unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen für das damalige Stadtmuseum Schloss Wolfsburg sowie als freiberuflicher Ausstellungskurator für verschiedene Museen tätig. Seit 2007 arbeitet er mit den Schwerpunkten Sammlung und Sonderausstellungen für das heutige Stadtmuseum im M2K.

- 1 StadtA WOB, B.1.2, Nr. 6074, Hauptamt, Vermerk vom 4.2.1955.
- 2 Hugo Thielen, „Kreuzer, Hans“, in: Dirk Böttcher/Klaus Mlynek/Waldermar R. Röhrbein/ders. (Hg.) *Hannoversches Biographisches Lexikon*. Von den Anfängen bis in die Gegenwart. Hannover 2002, S. 213.
- 3 Diana Codogni-Lańcucka, „Kunst in Schlesien im Nationalsozialismus – Eine Annäherung an ein unbeackertes Forschungsfeld“, in: Meike Hoffmann/Andreas Hüneke (Hg.) „Entartete Kunst“ in Breslau, Stettin und Königsberg. Paderborn 2021, S. 31–49, hier S. 46.
- 4 „400 Bilder vom Wiederaufbau“, in: *Norddeutsche Zeitung* vom 26./27. November 1953.
- 5 Horst Mönlich, „Eine Stadt von morgen. Wiedersehen mit Wolfsburg“, in: Merian. Das Monatsheft der Städte und Landschaften, Jg. 11 (1958), H. 7, S. III–X, hier S. III.
- 6 „Wolfsburg. Stadt des eigenwilligen Baustils“, in: *Deister- und Weserzeitung* vom 14. November 1959, S. 26.
- 7 StadtA WOB, B.1.2, Nr. 6074, Hauptamt, Auftrag vom 11.3.1955.
- 8 StadtA WOB, B.1.2, Nr. 6074, „Wolfsburger Motive“, Liste Hans Kreuzers vom 22.4.1955.
- 9 Christiane Kerrutt, *Malerei und Grafik im Emsland 1860–1960*. Sögel 2001, S. 88.
- 10 StadtA WOB, B.1.2, Nr. 6074, Schulamt, Verfügung vom 4.10.1957.



Abb. 1: Mehr als 2.000 Schülerinnen und Schüler demonstrierten am 19. März 1980 vor dem Wolfsburger Rathaus, 19. März 1980; Foto: Renate Reichelt/StadtA WOB, Negativsammlung, Ordnernummer 8, Blatt 77, Reihe 1, Negativ-Nr. 17

Durch die Linse von Renate Reichelt

DER WOLFSBURGER SCHÜLERPROTEST VOM 19. MÄRZ 1980 GEGEN „REMMERS SCHULGESETZ“

VON BIRTE GILDEHAUS

Am Mittwoch den 19. März 1980 organisierten Schülerinnen und Schüler verschiedener Wolfsburger Schulen einen Demonstrationzug durch die Innenstadt, der mit einer Kundgebung vor dem Wolfsburger Rathaus endete (Abb. 1). Anlass des Protestes war eine vom niedersächsischen Kultusminister Werner Remmers (CDU) geplante Schulgesetzänderung für das Land Niedersachsen. Die Schülerinnen und Schüler witterten die Gefahr, infolge der Durchsetzung der Änderung könnte die Schulleitung Entscheidungen treffen, ohne die Schülerschaft mit einzubeziehen. So demonstrierten sie für ihr Recht auf Mitbestimmung und Interessensvertretung. Dessen ungeachtet fand der Wortlaut der Novellierung des *Niedersächsischen Schulgesetzes* in der „nunmehr geltenden Fassung“ vom 21. Juli desselben Jahres Berücksichtigung und trat in zwei Etappen am 1. Januar und 1. August 1981 in Kraft.¹ Den Protest vom 19. März 1980 hielt die Wolfsburger Pressefotografin Renate Reichelt, deren fotografischer Nachlass im *Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation* (IZS) überliefert ist, für die *Wolfsburger Allgemeinen Zeitung* (WAZ) für die Nachwelt fest.

Reichelt bildete das Geschehen aus der Vogelperspektive von

schräg oben ab. Die Fotografie lässt sich grundlegend in vier horizontale Bereiche einteilen: Himmel, Häuserzeile, Personengruppe mit Bannern und Gebäudevordach. Der Himmel ist nahezu reinweiß und wolkenlos. Dieser und die sich darunter abzeichnende Häuserreihe lassen sich als Hintergrund zusammenfassen. Über die Hälfte der Bildfläche nimmt ein dunkelgrau erscheinender Streifen einer Menschenmenge ein. Diese erstreckt sich von der im Erdgeschoss der Häuserreihe angesiedelten Ladenzeile bis zu einem Vordach, dem Standpunkt der Fotografin. Die graue Masse der Menschenmenge, die den Bildmittelpunkt ausmacht, wird durch einzelne weiße Stoffbahnen unterbrochen. Es handelt sich um eigens von den Protestierenden beschriebene Stoffbanner, die quer verteilt unter den Demonstrierenden hochgehalten werden. Die abgelenkten Menschen sind der Fotografin zugewandt. Dadurch sind ihre vorwiegend jungen Gesichter und vereinzelt in die Luft gereckte Arme zu erkennen.

Da die Forderungen der Demonstrierenden nicht in Form von Flugblättern oder sonstigen Bekanntmachungen schriftlich überliefert sind, sind die Fotografien Reichelts als Quellen für die Demonstration von umso

größerer Bedeutung. Aus diesen können durch die Schriftzüge der Banner einzelne Kritikpunkte abgeleitet werden. Von den insgesamt 24 Spruchbannern lassen sich allerdings nur wenige Botschaften ablesen, sie sind meist lediglich fragmentarisch zu entziffern. Neben Bannern, auf denen „Remmers raus!“ oder „denn er wußte nie was er tat!“, zu lesen ist, sind auch einige darunter, die das Schulgesetz direkt kritisieren. Dort heißt es beispielsweise: „Aktiv für Schülerrechte; Kein neues Schul[gesetz, B.G.]“ oder „Wir pfeifen auf Remmers Schulgesetz!“ und „Kein neues Schulgesetz. Nein Danke!“

Im hinteren Teil der Menschenmenge ist ein Brunnen aus Röhren zu erkennen, den einzelne Personen erklimmen haben. Des Weiteren haben sich Personen auf die Motorhauben der am Straßenrand geparkten Autos gestellt, um ebenfalls eine erhöhte Position einzunehmen. Mitten aus der Menge, auf der rechten Bildhälfte, ragen drei kahle Bäume und ein weißer Fahnenmast heraus, das Ende des letzteren ist durch die gewählte Perspektive der Fotografie abgeschnitten. Kurioserweise verdeckt eine Fingerkuppe der Fotografin, die auf der Linse ruht, einen kleinen Bildausschnitt am rechten Bildrand. Über diesem lassen sich in der Ferne

vier Schornsteine erkennen, die im Dunst fast zu verschwinden scheinen. Anhand dieser Merkmale – den Schornsteinen des Volkswagenwerkes, dem in Wolfsburg als ikonisch geltenden Röhrenbrunnen des Künstlers Rolf Hartmann, im Volksmund meist „Orgel“ genannt, – und dem Fassadenschriftzug des Textilgeschäftes *Haerder*, lässt sich die Szenerie inmitten der niedersächsischen Stadt Wolfsburg verorten. Das von Renate Reichelt erklommene Vordach ist demzufolge das des städtischen Rathauses.

Die Schriftzüge der Banner weisen eindeutig auf die geplante Schulgesetzänderung hin. Mit der Nennung Remmers wird der zeitliche Rahmen auf dessen Amtszeit als niedersächsischer Kultusminister zwischen 1979 und 1982 eingegrenzt. Da die Bäume auf dem Rathausplatz noch keine Blätter tragen und auch aufgrund der Kleidung der Jugendlichen erscheint als Aufnahmezeitpunkt das Frühjahr wahrscheinlich. Beide Indizien bekräftigen die Argumentation, dass es sich bei der Fotografie um eine Aufnahme des Schülerprotestes vom 19. März 1980 handelt.

Reichelt positionierte sich mit ihrer fotografischen Dokumen-

tation in dieser, wie auch den folgenden zu analysierenden Fotografien, den Protestierenden positiv gegenüber. Ihre Fotografien flankierten die lokale Berichterstattung in der WAZ. „Fotografien bilden Wirklichkeit nämlich nicht nur ab“, so die Historikerin Annette Vowinckel, „sie gestalten sie auch.“² Dementsprechend lässt sich Reichelts Fotografie im Sinne Vowinckels als ein „aktive[r] Einsatz eines Bildes [lesen] als Argument im öffentlichen Raum mit dem Ziel der Einflussnahme auf öffentliche Debatten und politische Entscheidungsprozesse“.

Als Pressefotografin tritt Renate Reichelt als „Bildagentin“ in Erscheinung.³ Die Fotografie, als Produkt der „Bildagentin“, wird dabei zur historischen Quelle, die durch Textquellen und Forschungsliteratur, durch Dokumente und Schilderungen aus Nachlässen von Fotografen und Bildredakteuren, Biografien und Interviews ergänzt werden muss. Als „Agenten der Bilder“ bezeichnet Vowinckel „Personen, die Bilder produzieren, editieren, publizieren, kaufen oder verkaufen, kuratieren, zensieren, sammeln und archivieren oder zerstören. Die wichtigsten Berufsgruppen [...] sind Künstler und Fotografen.“⁴ Die Historikerin vertritt die Position, dass „Bilder ihre Wirkung nur mithilfe menschlicher



Abb. 2: Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen warteten vor den Toren des Wolfsburger Rathauses darauf, Kulturminister Werner Remmers zur Rede zu stellen, 19. März 1980; Foto: Renate Reichelt/StadtA WOB, Negativsammlung, Ordnernummer 8, Blatt 77, Reihe 3, Negativ-Nr. 4



Abb. 3: Botschaften auf den Stoffbannern zeugen von der Unzufriedenheit der Schülerschaft, 19. März 1980; Foto: Renate Reichelt/StadtA WOB, Negativsammlung, Ordnernummer 8, Blatt 77, Reihe 1, Negativ-Nr. 3

Unterstützung entfalten können – oder dass ihre Wirkung auch durch menschliche Intervention verhindert oder gestört werden kann“. Voraussetzung dafür sei, dass die Öffentlichkeit als politischer Raum und die Konstitution von Öffentlichkeit als ein politischer Akt verstanden werden.⁵

Am Beispiel des Protestes zeigt sich, dass Öffentlichkeit auch durch die Zirkulation von Bildern entstehen kann. Grundsätzlich geht es Vowinckel darum, die „Bildagenten“ zu historisieren. Ein solches Historisieren von Renate Reichelt ist allerdings nur schwer möglich, da im IZS lediglich ihre Fotografien, aber kein schriftlicher Nachlass in Form von Egodokumenten wie beispielsweise Briefen überliefert ist. Ihr biografischer Werdegang kann daher nicht berücksichtigt werden.⁶

Vorgeschichte der Kundgebung
Zurück zum Protestgeschehen: Renate Reichelt begleitete den Marsch im März 1980 nicht von Beginn an. Ein Blick in die Negativserie ihrer Fotografien zeigt, dass lediglich Abbildungen der Kundgebung auf dem Rathausplatz überliefert sind, der vorherige Protestzug dagegen ist nicht von der Pressefotografin fotografiert worden. Doch lässt sich anhand ihrer Fotografien der Verlauf der Protestkundgebung rekonstruieren und in vier Etappen unterteilen: Eintreffen und Sammeln der Gruppe, Formieren und in Stellung bringen der Transparente, Warten auf den Kulturminister Werner Remmers und Redebeiträge auf den Eingangsstufen des Rathauses. Auch die Phase des Wartens fing Reichelt in einer Aufnahme ein. Fast scheint

sie einen Sitzstreik dokumentiert zu haben, doch ließ der Minister die Jugendlichen schlichtweg so lange warten – am Ende sollten es anderthalb Stunden werden –, sodass die Schülerinnen und Schüler sich später nach ihrer Ankunft sitzend vor dem Rathauseingang postierten, um Kräfte zu sparen (Abb. 2).

Die zur Schau gestellte Unzufriedenheit der Schülerschaft machte sich bereits vor der geplanten Demonstration in der Stadt bemerkbar. Um die offenkundigen Wogen zu glätten, war bereits am Dienstagabend, den 18. März 1980, zum Thema im Kulturzentrum eine begleitende Podiumsdiskussion veranstaltet worden. Etwa 200 Jugendliche waren unter den Zuhörerinnen und Zuhörern.⁷ Gegenstand der Diskussion war die „Schulgesetznovelle“. Die dort vertretenen Positi-

onen hätten gegensätzlicher nicht sein können. Die WAZ druckte einige der Diskussionsbeiträge in einem Artikel ab, indem überspitzt die Frage formuliert wurde, ob die Schule nun dabei sei, in die „50er Jahre“ zurückzukehren. Der Vorsitzende des Stadelternrates, Klaus Brehmer, sprach sich für jene Novellierung aus: „So wolle der Kultusminister nicht ein kollegiales System an der Spitze einer Schule, sondern einen, der den Kopf hinhält, wenn etwas schief-laufe.“ Landeschülerratsmitglied Günter Schmidt wiederum sah die Gefahr, der Schulleiter könnte „diktatorisch[e]“ Befugnisse erhalten. Die Schülerschaft insgesamt befürchtete, ihre Rechte auf Mitbestimmung im Schultag einzubüßen. Wie sich im „Paragraph 30 Stellung des Schulleiters“ zeigt, waren diese Sorgen nicht unbegründet.⁸

(1) „DER SCHULLEITER VERTRETET DIE SCHULE NACH AUSSEN, TRÄGT DIE GESAMTVERANTWORTUNG FÜR DIE SCHULE [...] (2) DER SCHULLEITER IST VORSITZENDER DER GESAMTKONFERENZ UND IHRES LEHRER-SCHÜLER-AUSSCHUSSES. ER BEREITET DIE SITZUNGEN DIESER KONFERENZ UND DIESES AUSSCHUSSES VOR. [...] (4) DER SCHULLEITER KANN IN ERFÜLLUNG SEINER AUFGABEN ALLEN AN DER SCHULE TÄTIGEN PERSONEN WEISUNGEN ERTEILEN. [...] (5) VERSTÖSST EIN BESCHLUSS EINER KONFERENZ ODER EINES AUSSCHUSSES NACH ÜBERZEUGUNG DES SCHULLEITERS GEGEN RECHTS- ODER VERWALTUNGSVORSCHRIFTEN, GEGEN EINE BEHÖRDLICHE ANORDNUNG ODER GEGEN ALLGEMEIN ANERKANNTE PÄDAGOGISCHE GRUNDSÄTZE ODER BEWERTUNGSMASSTÄBE,

SO HAT DER SCHULLEITER INNERHALB VON DREI TAGEN EINSPRUCH EINZULEGEN. DASSELBE GILT, WENN EIN BESCHLUSS EINER KONFERENZ ODER EINES AUSSCHUSSES NACH ÜBERZEUGUNG DES SCHULLEITERS VON UNRICHTIGEN TATSÄCHLICHEN VORAUSSETZUNGEN ODER VON SACHFREMDEN ERWÄGUNGEN AUSGEHT [...].“

Als problematisch wurde angesehen, dass etwa das Schulzeitungswesen beschnitten werden sollte. Die Demonstration konnte das Inkrafttreten des entsprechenden Artikels nicht verhindern. Im *Niedersächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt* vom 6. November 1980 heißt es im entsprechenden „Paragraphen 67 Verbreitung von Schülerzeitungen und Flugblättern auf dem Schulgrundstück“:⁹

„(1) SCHÜLERZEITUNGEN, DIE VON SCHÜLERN EINER ODER MEHRERER SCHULEN FÜR DEREN SCHÜLER HERAUSGEGEBEN WERDEN, DÜRFEN AUF DEM SCHULGRUNDSTÜCK VERBREITET WERDEN. SIE MÜSSEN DER SCHULLEITUNG DREI SCHULTAGE VOR DER VERBREITUNG IN DREI EXEMPLAREN ÜBERGEBEN WERDEN. IST DIESE DER ANSICHT, DASS DER INHALT EINER SCHÜLERZEITUNG GEGEN GESETZLICHE VERBOTE VERSTÖSST ODER DASS IHRE VERBREITUNG DIE ERFÜLLUNG DES BILDUNGSaufTRAGS DER SCHULE (§2) ERNSTLICH GEFÄHRDEN WÜRDEN, SO HÖRT SIE UNVERZÜGLICH DIE DER SCHULE ANGEHÖRENDE VERANTWORTLICHEN REDAKTEURE AN UND BERICHTET DER SCHULBEHÖRDE. DIESE TEILT DER SCHULE UND DEN VERANTWORTLICHEN REDAKTEUREN DEN TAG DES EINGANGS UNVERZÜGLICH MIT UND ENTSCHEIDET, OB DIE BEDENKEN DER SCHULLEITUNG GERECHTFERTIGT SIND; SIE KANN EIN VERBOT NUR INNERHALB VON EINER WOCHE NACH EINGANG DES BERICHTS DER SCHULE AUSSPRECHEN. INNERHALB DIESER FRIST DARF DIE SCHÜLERZEITUNG AUF DEM SCHULGRUNDSTÜCK NUR VERBREITET WERDEN, WENN DIE SCHULBEHÖRDE VORHER AUSDRÜCKLICH VON EINEM VERBOT ABSTAND NIMMT. (2) FLUGBLÄTTER SIND DER SCHULLEITUNG 24 STUNDEN VOR IHRER VERBREITUNG AUF DEM SCHULGRUNDSTÜCK IN DREI EXEMPLAREN ZU ÜBERGEBEN. IM ÜBRIGEN GILT ABSATZ 1 ENTSPRECHEND MIT DER MASSGABE, DASS EIN VERBOT NUR INNERHALB VON DREI WERKTAGEN NACH EINGANG DES BERICHTS DER SCHULE AUSGESPROCHEN WERDEN KANN.“

Der CDU-Landtagsabgeordnete Walter E. Lellek versuchte während der Podiumsdiskussion im *Kulturzentrum* noch zu beschwichtigen und den Schülerinnen und Schülern wenigstens diese Sorge zu nehmen. Es sei keineswegs so, „daß das beabsichtigte neue Schulgesetz die Schülerbeteiligung verändere oder Redakteure von Schülerzeitungen stärker gemäßregelt werden könnten“.¹⁰ Dass die Wolfs-



Abb. 4: Werner Remmers und Günter Schmidt auf der Kundgebung unter dem Rathausdach, 19. März 1980; Foto: Renate Reichelt/StadtAWOB, Negativsammlung, Ordnernummer 8, Blatt 77, Reihe 7, Negativ-Nr. 5

burger Schülerschaft am 19. März 1980 „auf die Barrikaden“ ging, verhinderte die Podiumsdiskussion indes nicht. Als Reaktion auf den geplanten Machtausbau der Schulleitung, der von Beschneidungen der Teilhabe der Schülerschaft an Entscheidungsprozessen an den Schulen flankiert werden sollte, versammelten sich tausende Schülerinnen und Schüler vor dem Wolfsburger Rathaus, um dort auf den Missstand aufmerksam zu machen.

„Wir pfeifen auf Remmers Schulgesetz!“

Für die Schülerschaft begann die Demonstration am Mittwochmorgen um acht Uhr des 19. März 1980 mit einem Treffen vor dem Wolfsburger Bahnhof. Von hier aus startete der etwa eine Viertelstunde andauernde Zug durch die Innenstadt hin zum Rathausvordach, auf dem die Schlusskundgebung stattfand. Organisiert wurde der Zug vom Wolfsburger Stadtschülerrat und dem Landeschülerratssprecher Günter Schmidt aus Hannover.¹¹ Wolfsburg wurde so zum Schauplatz einer landesweit polarisierenden Debatte: Laut eines Artikels in der *WAZ* reisten seinerzeit über 2.000 Schülerinnen und Schüler aus der Umgebung „trotz klirrender Kälte“ nach Wolfsburg.¹² Die Größe der Versammlung bilden nicht weniger als sechs Fotografien Reichelts ab, die jeweils vom Rathausvordach aufgenommen worden sind. Zeitgleich fand im Rathaus ein Gespräch zwischen dem aus Hannover angereisten Kultusminister und Wolfsburger Schulexperten statt. Zu dieser hatte Renate Reichelt als Pressejournalistin Zugang, schoss aber lediglich ein Foto, galt ihr Interesse doch augenscheinlich der Gruppe niedersächsischer Schülerinnen und Schüler. Nach einhalbstündigem Warten seitens der Protestierenden, zeigten sich

die Politiker schließlich auf den Stufen des Rathausportals bereit zum Austausch.¹³

Der Austausch kann als Zeichen wachsender Akzeptanz seitens der Politik für Schulgremien gedeutet werden. Anhand der Untersuchungsergebnisse der „68er“-Expertin Ulrike Heider, die Unterschiede bundesrepublikanischer Demonstrationen zwischen 1968 und der Proteste zwölf Jahre später herausstellt, lässt sich eine Verschiebung der Motivation ausmachen. War es zuvor noch ein Generationenkonflikt, an dem sich „die 68er Revolte entzündete“, gingen die Jugendlichen in den 1980er Jahren aufgrund von „Probleme[n]“ auf die Straßen, „die alle betreffen“.¹⁴ Denn obwohl sich in den 1970er Jahren eine zunehmend empirische Bildungsforschung und bildungsökonomische Expertise entwickelte, wandelte sich die Situation an den Schulen bis 1980 offenbar nicht signifikant zum Besseren.¹⁵ Es drohte eine Festigung des Bildungsnotstandes.¹⁶

Der Protest vom 19. März 1980 steht denn auch in der Tradition früherer demokratischer Entwicklungen im Wolfsburg Schulsektor: Der Historiker Alexander Buerstedde untersuchte in seiner Studie *Aufbruch aus der Retorte?* den Prozess des „Erwachsenwerdens“¹⁷ das politische Erwachen der Jugend. Er zeigte darin auf, wie das städtische Jugendparlament mit seiner Gründung im Jahr 1962 zum „Sprachrohr der Jugend zwischen Politisierung, Ohnmacht und Langeweile“ avancierte und warum das Gremium im Jahr 1968 im Jugendforum aufging. Beide Organe sind historisch gewachsen. Die Demonstration der Wolfsburger Schülerschaft verdeutlicht, dass die Schülerinnen und Schüler die erlangten Rechte nicht sang- und klanglos auf- oder abgeben wollten.

Drehte sich die Diskussion in den Bildungsreformdebatten der 1960er und 1970er Jahre noch um Themen wie die Vielgliederung, soziale Gleichheit oder die Lehrplan- und Oberstufenreform, so entfaltete sich die Debatte, nach Aussage der Historikerin Petra Weber, bald darauf um auferlegte „Sparzwänge“ und „Begabtenförderung“.¹⁸ Für die Stadt Wolfsburg lassen sich diese Diskussionen nicht nachweisen.

Doch können anhand der Geschichte des Protestes vom 19. März 1980 lokale Besonderheiten innerhalb der deutschen Bildungsdebatten aufgezeigt werden. Denn parallel zum Protest in Wolfsburg fand ein zweiter Demonstrationzug in Hannover mit rund 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.¹⁹ Dieser wurde ebenfalls durch den Landeschülerrat organisiert. Hervorzuheben sind hierbei zwei Aspekte. Zum einen, dass der niedersächsische Kultusminister, Werner Remmers, als geladener Gast in Wolfsburg und nicht in der Landeshauptstadt zugegen und zum Gespräch mit der Schülerschaft bereit war.²⁰ In einem Artikel der *Wolfsburger Nachrichten* (WN) zum Verlauf der Demonstration in Hannover wird zudem erörtert, dass der Kultusminister zwar vom Stadtschülerrat Hannover eingeladen worden sei, jedoch mit Verweis auf seinen anstehenden Besuch in Wolfsburg abgesagt habe.²¹ Darüber hinaus wurde im Artikel hervorgehoben, dass auch der Sprecher des Landeschülerrates, Günter Schmidt, ebenfalls in Wolfsburg und nicht in der Landeshauptstadt zugegen war. Dies stellte insofern ein Novum dar, als beispielsweise während eines vorhergegangenen Schülerstreikes im Jahr 1970 lediglich Wolfsburgerinnen und Wolfsburger beteiligt waren und eine Reaktion jenseits der Wolfsburger Stadtgrenzen ausgeblieben war.

Rezeption der Demonstration in der Wolfsburger Presse sowie der Schülerzeitung „Pupille“

In der *WAZ* wurde am 20. März 1980 eine Fotografie von Renate Reichelt mit dem Blickpunkt vom Vordach des Rathauses abgedruckt (Abb. 3). Im Gegensatz zur eingangs beschriebenen Fotografie ist der Bildausschnitt weiter nach links verschoben und zeigt als Fluchtpunkt den Röhrenbrunnen. Ablenkende Elemente wie die Fingerkuppe oder das Vordach sind hier nicht mehr zu sehen. Die Ladenzeile der Häuser ist erneut allein als schmaler Streifen am hinteren Ende der Menschenmenge auszumachen, doch sind mehr Automobile im Bereich der oberen linken Ecke zu erkennen. Insgesamt ist die Aufmerksamkeit der Protestierenden nicht mehr auf den Standort der Fotografin gelenkt. Die meisten stehen mit dem Rücken zu Reichelt, sind in Gespräche miteinander vertieft. Die Demonstrierenden werden von der Pressefotografin als imposante Menschenmenge abgebildet, die sich nur mit großem Abstand im Gesamten einfangen lässt.

Für ihre Dokumentation der Geschehnisse verbleibt sie aber nicht an diesem einen Überblickstandort. So lichtet sie ebenfalls das Geschehen unterhalb des Daches ab, als die Vertreter der Stadt und des Schülerrates sowie der geladene Kultusminister die Vorstufen des Rathauseinganges betreten. Diesmal ist sie auf Augenhöhe mit ihrem Motiv und unmittelbar im Geschehen. Fast schon im Portrait-Stil fotografiert Reichelt die Gesichter der Redner (Abb. 4). Die Redaktion der *WAZ* druckte eine bearbeitete Version, auf der noch weiter in den Bildausschnitt hinein gezoomt wurde. Die männliche Person am rechten Bildrand von Renate

Reichelts Foto ist darauf nicht zu sehen.

Nun zeigt die vermeintliche Nahaufnahme die Protagonisten beider Fronten: Günter Schmidt und Werner Remmers. Letzterer steht am Mikrofon. Der offene Mund sowie die angehobene Hand zeigen eine ausdrucksstarke Gestik und Mimik, die von Schmidt abwartend hingenommen werden, um anschließend selbst zu argumentieren. Die in der Zeitung verwendete Bildunterschrift bestätigt diesen Eindruck: „Niedersachsens Kultusminister Dr. Werner Remmers (rechts) lieferte sich vor dem Rathaus-Portal ein hitziges Rededuell mit dem Sprecher des Landeschülerrates, Günter Schmidt“.²² Die Schülerzeitung des Theodor-Heuss-Gymnasiums (THG), die *Pupille*, brachte dagegen in ihrer nächstfolgenden Ausgabe das damalige Ungleichgewicht in den Redebeiträgen zum Ausdruck, denn der 15-minütige Austausch vermochte die Wogen nicht zu glätten:

„ALS REMMERS DANN SEINE REDE BEGANN, HOFFTEN WIR VERGEBLICH AUF EINE STELLUNGNAHME ZU UNSEREN FORDERUNGEN. VIELMEHR FOLGTEN NUR NOCH LEERE WÖRTE UND VERLEUMDERISCHE ANGRIFFE AN UNS. UNSER KULTUSMINISTER HAT WIEDER EINMAL VERSÄUMT, SEINE STANDPUNKTE UNS SCHÜLERN KLAR ZU MACHEN.“²³

Schülerzeitungen waren in den 1970er Jahren ein etabliertes Sprachrohr der Schülerschaft. Es ging den Jugendlichen um Emanzipation von den Erwachsenen und so fanden sie in der Herausgabe eigener Zeitungen ein Korrektiv zu den Verlagsmedien.²⁴ Schülerinnen und Schüler gründeten eigene Zeitungen, da sie nicht auf die Objektivität der lokalen Presse vertrauten oder sich in dieser nicht repräsentiert sahen.²⁵ Ulrike Heider bezeichnet die Schülerpresse gar als „Institution“.²⁶ Ezra Gerhardt, bekennender kommunistischer Aktivist, hielt in seinem Aufsatz „Über die Praxis der Schülerbewegung“ fest:

„DAS VERBOT VON ARTIKELN UND ABSETZEN VON REDAKTIONEN GEBEN DANN DEN ANSTOSS ZUM POLITISCHEN ENGAGEMENT IN DER SCHULE. [...] DIE HERSTELLUNG VON ÖFFENTLICHKEIT BEDEUTET JEDOCH FÜR DEN DIREKTOR DIE DROHUNG SOLIDARISCHER AKTIONEN, MACHT DIE IN DER ROLLE VON OBJEKTEN GEDRÄNGTEN SCHÜLER ZU AKTEUREN, ZWINGT SIE, STELLUNG ZU BEZIEHEN. WAS VORHER DISZIPLINIERUNG EINES EINZELNEN WAR, WIRD NUN ZUM AFFRONT GEGEN DIE GESAMTE SCHÜLERSCHAFT.“²⁷

Ein anderer Auszug aus der *Pupille* verdeutlicht, wie sehr der Kultusminister für die Redaktion längst zum Feindbild geworden war:

„WIR SPÜRTE NICHTS VON SEINER OFT PROPAGIERTEN SCHÜLERNÄHE! VIELMEHR FÜHLTEN WIR UNS

GANZ KRÄFTIG VERARSCHT. ES IST EINFACHER, IMMER ZU BEHAUPTEN, DIE SCHÜLER SEIEN FALSCH ODER UNVOLLSTÄNDIG INFORMIERT (IM ÜBRIGEN, BEKOMMEN WIR EIGENTLICH INFORMATIONEN VOM KULTUSMINISTERIUM?), ALS AUF UNSERE ANLIEGEN EINZUGEHEN. IST ES DENN VERWUNDERLICH, DASS WIR SCHÜLER ZU POLITISCH UNINTERESSIERTEN MENSCHEN WERDEN, WENN UNS EINERSEITS DIE POLITIKER DAZU AUFFORDERN, KRITIK ZU ÜBEN, ANDERERSEITS DIE KRITIK ÜBERHAUPT NICHT HÖREN WOLLEN? HIERMIT WIRD WIEDER EINMAL KLAR: DIE POLITIKER MACHEN, UND WER FRAGT UNS??“²⁸

Diese Aussagen und eine Detailaufnahme von einem jungen Menschen mit einer sackartigen Maske über dem Gesicht mit dem Schriftzug „tarnung für demokratische bürger [sic!]“ und einem Schild mit der Aufschrift „Wir sind auch noch da!“ verdeutlichen (Abb. 5), dass die Schülerschaft mit der Durchsetzung der Schulgesetznovelle demokratische Strukturen in Gefahr sah.

Höhnisch inszenierte sie eine Dystopie, in der sich Demokratinnen und Demokraten vor den autoritären Mächten verstecken müssten. Am Wolfsburger Beispiel lässt sich exemplarisch eine Problematik aufzeigen, die die Journalisten Hans-Jürgen Haug und Hubert Maessen bereits im Jahr 1969 für die Bundesrepublik diagnostizierten. In ihrer Studie *Was wollen die Schüler? Politik im Klassenzimmer*, arbeiteten sie heraus, dass die Schülerschaft zwar zur Demokratie erzogen würde, „kritische Regungen“ jedoch mit „autoritären Maßnahmen unterdrückt“ würden.²⁹

„[U]ndemokratische Mittel“: Der „Eierwurf“ auf die Medien

Obwohl Renate Reichelts Fotografien des Protests zu keiner Zeit hektische oder chaotische Momente zeigen, muss es sehr wohl zu ebensolchen gekommen sein, wurde sie doch während sie fotografierte von Demonstrierenden mit „anarchistischen Eiern linker Radikalinskis“ beworfen.³⁰ Dabei wurde unter anderem ein Kameraobjektiv zerkratzt. Eine Fotografie dieser Vorkommnisse ist nicht überliefert, lediglich in einem Presseartikel eines Kollegen ist festgehalten, dass der Unmut wohl verfliegen würde, der Kratzer aber nicht „vertuscht“ werden könne.³¹ Mit den Worten, dass sich einige Schüler den „berechtigten Zorn“ der Fotografin zugezogen hätten, positionierte sich die WAZ klar auf Reichelts Seite.

Offenbar wurde die Aktion der Demonstrierenden zum Stadtgespräch. Denn in der Presseberichtserstattung der folgenden Tage wurde der „Eierwurf“ zum Aufhänger mehrerer Leserbriefe. Auch auf dem Cover der *Pupille* vom Mai 1980 wird der Vorfall symbolhaft abgebildet (Abb. 6). Das von Hand gemalte Bild stellt die Ereignisse des 19. März 1980 aus Sicht der Schülerredaktion nach.

Innerhalb des Rechtecks ist die Fassade des Wolfsburger Rathauses als Hintergrund eindeutig zu erkennen. Auch der auf dem Foto von Reichelt abgebildete kahle Baum wurde übernommen. Er rahmt gemeinsam mit dem Rathaus die anonyme Masse der Demonstrierenden ein. Insgesamt sind fünf Transparente zu zählen, aber nur eines von diesen ist lesbar. Auf diesem ist die Botschaft



Abb. 5: Ein „getarnter“ Demokrat, 19. März 1980; Fotografien: Renate Reichelt/StadtA WOB, Negativsammlung, Ordnernummer 8, Blatt 77, Reihe 5, Negativ-Nr. 15



Abb. 6: „Keine Schulgesetzänderung!“, Mai 1980; Urheber: unbekannt/StadtA WOB, ES 7, I 4, Titelseite, Wolfsburger Pupille. Schülerzeitung des THG (Mai 1980), Nr. 13

der Schülerinnen und Schüler klar und deutlich festgehalten: „Keine Schulgesetzänderung!“ In der rechten unteren Ecke ist ein Eierstand stellvertretend für den sich während der Protestaktion ereignenden Eklat abgebildet. In den Artikeln der Pupille finden die Eierwürfe allerdings keine Erwähnung.

Dass der Übergriff allein als Andeutung abgebildet wurde, hängt womöglich damit zusammen, dass sich die Akteure zuvor schon bei Reichelt entschuldigt hatten. Dies geht zumindest aus einem Leserbrief hervor, der in der WAZ einen Tag nach der Demonstration gedruckt wurde. Die Schülerin Carmen Jubt kommentierte darin stellvertretend für alle Schulen in Wolfsburg den Eierwurf: „Von diesem Verhalten distanzieren wir uns aufs Schärfste [...]“. ³² Das Eierwerfen wurde durch sie umgehend als ein Rückgriff auf „undemokratische Mittel“ erkannt. Offenbar habe die Schülerschaft „[r]ohe Argumente“ ins Feld geführt, ³³ da sie der Presse gegenüber skeptisch eingenommen war. Zu vermuten ist hier, dass sich mit den Eierwürfen auf die Journalisten einerseits der Groll gegen die im Rathaus verweilenden Politiker entladen hatte, andererseits besteht durch die Tatsache des gezielten Wurfs Grund zur Annahme, die Jugendlichen könnten davon ausgegangen sein, von der Presse als Störenfriede gebrandmarkt zu werden. Dabei traf es

eine in dieser Hinsicht Unschuldige, solidarisierte sich Reichelt doch durch ihre Bilder mit den Demonstrierenden.

Die Skepsis der Schülerinnen und Schüler gegenüber der Presse waren in diesem Fall unbegründet. Denn die Pressefotos von Renate Reichelt korrespondierten mit den Forderungen der Schülerinnen und Schüler und den Inhalten der Schülerzeitung, die sich seinerzeit als kritische Kommentatorin und Beobachterin des Geschehens erwies. Weder die Berichterstattung der WAZ noch die der WN war der Demonstration gegenüber feindlich eingestellt. Im Gegenteil, sie schuf dem Protest der Wolfsburger Schülerschaft ein Forum. Medial wurden die Demonstrierenden als zahlenmäßig große Gruppe abgebildet, die sich gegen die Beschneidung ihrer Rechte auf demokratischem Wege zur Wehr setzt. Auch die Beschreibung, die Schülersprecher hätten sich „[m]it engagierten Worten [...] für eine paritätische Besetzung sämtlicher Konferenzen mit Eltern, Lehrern und Schülern stark[gemacht]“, spricht für eine positive Berichterstattung der Presse. ³⁴

Die Redaktion der Pupille wiederum hielt lebhaft „Eindrücke vom 19. März“ fest und war offenbar vom Auftreten des Kultusministers wenig angetan. ³⁵ In der Ausgabe ist zu lesen, dass das Äußern von Kritik und die Art und Weise, wie sie auf der Demons-

tration hervorgebracht worden sei, einen elementaren Ausdruck demokratischer Teilhabe darstelle. Außerdem hieß es, die Jugend nehme „engagiert und interessiert an dem politischen Treiben“ teil und tue ihre Meinung „notfalls in Form einer Demonstration“ kund. ³⁶ Die WAZ versuchte hingegen ihre Objektivität zu wahren: „Hin und wieder von Pfiffen und Buh-Rufen unterbrochen, zog sich der Kultusminister dabei nicht schlecht aus der Affäre.“ ³⁷

In der Pupille dagegen inszenierten sich die Schülerinnen und Schüler als eine Gruppe vermeintlich Aufständischer. Mit einem Augenzwinkern wurde dort von einem aufrührerischen Verlauf und jugendlichem Enthusiasmus berichtet. So lautet die sarkastische Schlagzeile auf der Titelseite: „Massaker vorm Rathaus. Schülerbanden wüteten gnadenlos.“ ³⁸ Neben „eierbekleckerte[n] Rathausfenster[n]“ schrieb die WAZ dagegen auch von zertretenen Blumenbeeten und der mit Sprühfarbe „beschmiert[en]“ bronzenen Eingangstür des Rathauses sowie der Fassade des Kulturzentrums. ³⁹ In einem anonymen Kommentar wurde sodann in der Wochenendausgabe deutlich, wie die Kundgebung in der Stadtgesellschaft wahrgenommen wurde: „Gelebte Demokratie im Verein mit totaler Zerstörung für ca. 4.000,- bis 5.000,- DM Steuergeldern.“ ⁴⁰ Demnach sahen die Beete aus „wie der Parcours einer

Reitbahn“. Die Redaktion der Pupille erkannte in dieser Form der Kritik jedoch spießbürgerliches Verhalten und reagierte mit einem satirischen Statement: Sie rief zu Spenden für die Wiederherrichtung auf. Sie vermutete außerdem, Remmers wollte am „Ort des Grauens“ eine Gedenkstätte errichten. ⁴¹ Offenbar fühlten sich die Schülerinnen und Schüler in ihrem Anliegen noch immer nicht ernst genommen, doch hatten sie – auch mit Hilfe der Fotografien Reichelts – erreicht, die Öffentlichkeit wachzurütteln.

Birte Gildehaus hat Geschichte und Anglistik an der Technischen Universität Braunschweig studiert und absolviert derzeit am Theodor-Heuss-Gymnasium in Wolfsburg ihr Lehramtsreferendariat. Dieser Artikel ist ein umgearbeitetes Kapitel ihrer im Dezember 2023 erfolgreich verteidigten Masterarbeit mit dem Titel „Durch die Linse von Renate Reichelt. Protestfotografie in Wolfsburg (1975–1980)“.

- 1 Niedersächsische Staatskanzlei, H 5321 A, Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt. Bekanntmachung der Neufassung des Niedersächsischen Schulgesetzes vom 6. November 1980, 34. Jahrgang, Nr. 47, Hannover, 18. November 1980, S. 425–459, hier S. 425.
- 2 Hier und im Folgenden Annette Vowinkel, Agenten der Bilder. Fotografisches Handeln im 20. Jahrhundert. Göttingen 2016, S. 17f.
- 3 Hier und im Folgenden ebd., S. 8 und 15.
- 4 Annette Vowinkel, „Bildagenten, oder: Wie schreibt man Fotografiegeschichte aus der Akteursperspektive?“ In: dies./Jürgen Danyel/Gerhard Paul (Hg.), Arbeit am Bild. Visual History als Praxis. Göttingen 2017, S. 100–113, hier S. 100f.; dies., „Pressefotografie“, in: Visual History vom 17. Februar 2014, online abrufbar unter <https://www.visual-history.de/2014/02/17/pressefotografie> [8.11.2023].
- 5 Zum Begriff der Öffentlichkeit siehe Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt am Main 1991.
- 6 Einige Informationen wurden in einem Telefongespräch mit Reichelts Sohn Uwe gesammelt. Siehe dazu das Telefonprotokoll des Gesprächs mit Uwe Reichelt vom 17. Mai 2023.
- 7 Hier und im Folgenden „Rückschritt zur Schule der 50er Jahre?“ In: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 20. März 1980.
- 8 Niedersächsische Staatskanzlei, H 5321 A, Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt. Bekanntmachung der Neufassung des Niedersächsischen Schulgesetzes vom 6. November 1980, 34. Jahrgang, Nr. 47, Hannover, 18. November 1980, S. 425–459, hier S. 433.
- 9 Ebd., S. 439.
- 10 Hier und im Folgenden „Rückschritt zur Schule der 50er Jahre?“ In: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 20. März 1980.
- 11 „Über 2000 Wolfsburger Schüler demonstrieren vor dem Rathaus“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 20. März 1980; StadtA WOB, ES 7, I 4, Wolfsburger Pupille. Schülerzeitung des THG (Mai 1980), Nr. 13, S. 9.
- 12 „Demonstration und zertretene Beete“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 22./23. März 1980; StadtA WOB, ES 7, I 4, Wolfsburger Pupille. Schülerzeitung des THG (Mai 1980), Nr. 13, S. 6.
- 13 StadtA WOB, ES 7, I 4, Wolfsburger Pupille. Schülerzeitung des THG (Mai 1980), Nr. 13, S. 6.
- 14 Ulrike Heider, Schülerprotest in

- der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 1984, S. 255. Der Konflikt rührte von „Freiheitsansprüche[n] gegenüber den Zwängen der Gesellschaft“ her und mündete schließlich in eine „Kulturrevolte“ gegen die etablierten Eliten. Siehe dazu Beate Fietze, „A spirit of unrest“. Die Achtundsechziger-Generation als globales Schwellenphänomen“, in: Rainer Rosenberg/Inge Münz-Koenen/Petra Boden (Hg.), Der Geist der Unruhe. 1968 im Vergleich. Wissenschaft – Literatur – Medien. Berlin 2000, S. 3–25.
- 15 Alexander Kraus, Stadt ohne Geschichte? Wolfsburg als Demokratielabor der Wirtschaftswunderzeit. Göttingen 2021, S. 384.
- 16 Ebd., S. 382.
- 17 Siehe dazu Alexander Buerstedde, Aufbruch aus der Retorte? Der bundesrepublikanische Jugendparlamentarismus der ‚langen‘ 1960er Jahre zwischen Reform und Revolte. Göttingen 2019, S. 75–116.
- 18 Petra Weber, Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90. Bonn 2020, S. 993.
- 19 „5000 Schüler demonstrieren in der Landeshauptstadt“, in: Wolfsburger Nachrichten vom 20. März 1980; StadtA WOB, ES 7, I 4, Wolfsburger Pupille. Schülerzeitung des THG (Mai 1980), Nr. 13, S. 9.
- 20 „Rückschritt zur Schule der 50er Jahre?“ In: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 20. März 1980.
- 21 „5000 Schüler demonstrieren in der Landeshauptstadt“, in: Wolfsburger Nachrichten vom 20. März 1980.
- 22 „Über 2000 Wolfsburger Schüler demonstrieren vor dem Rathaus“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 20. März 1980.
- 23 StadtA WOB, ES 7, I 4, Wolfsburger Pupille. Schülerzeitung des THG (Mai 1980), Nr. 13, S. 6.
- 24 Kraus, Stadt ohne Geschichte? (Wie Anm. 15), S. 81f.
- 25 Heider, Schülerprotest in der Bundesrepublik Deutschland (wie Anm. 14), S. 254.
- 26 Ebd., S. 79.
- 27 Ezra Gerhardt, „Über die Praxis der Schülerbewegung“, in: Günter Amendt (Hg.), Kinderkreuzzug oder Beginnt die Revolution in den Schulen? Hamburg 1968, S. 70–89, hier S. 71.
- 28 StadtA WOB, ES 7, I 4, Wolfsburger Pupille. Schülerzeitung des THG (Mai 1980), Nr. 13, S. 6.
- 29 Hans-Jürgen Haug/Hubert Maessen, Was wollen die Schüler? Politik im Klassenzimmer. Frankfurt am Main 1969, S. 16, zitiert nach Kraus, Stadt ohne Geschichte? (Wie Anm. 15), S. 381.
- 30 StadtA WOB, ES 7, I 4, Wolfsburger Pupille. Schülerzeitung des THG (Mai 1980), Nr. 13, S. 7.
- 31 „Über 2000 Wolfsburger Schüler demonstrieren vor dem Rathaus“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 20. März 1980.
- 32 Hier und im Folgenden „Das Freie Wort. Entschuldigung für die ‚Eierwürfe‘“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 20. März 1980.
- 33 „Geschichte der Eierwürfe. Rohe Argumente“, in: Der Tagesspiegel vom 20. April 2014, online abrufbar unter <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/rohe-argumente-3557449.html> [11.9.2023].
- 34 „Über 2000 Wolfsburger Schüler demonstrieren vor dem Rathaus“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 20. März 1980.
- 35 StadtA WOB, ES 7, I 4, Wolfsburger Pupille. Schülerzeitung des THG (Mai 1980), Nr. 13, S. 6.
- 36 Ebd., S. 9.
- 37 „Über 2000 Wolfsburger Schüler demonstrieren vor dem Rathaus“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 20. März 1980.
- 38 StadtA WOB, ES 7, I 4, Wolfsburger Pupille. Schülerzeitung des THG (Mai 1980), Nr. 13, Titelseite.
- 39 „Schüler zerstörten Blumenbeete“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 21. März 1980.
- 40 „Demonstration und zertretene Beete“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 22./23. März 1980.
- 41 Hier und im Folgenden StadtA WOB, ES 7, I 4, Wolfsburger Pupille. Schülerzeitung des THG (Mai 1980), Nr. 13, Titelblatt; S. 7 und 9.

Mehr Grün statt Betonwüste?

WOLFSBURG-WESTHAGEN IM ZEICHEN VON NACHBESSERUNGEN DER 1980ER JAHRE

VON PIA KLEINE



Abb. 1: Westhagener Betonwüste – Hauseingänge in der Halberstädter Straße; StadtA WOB, B.1.2, Nr. 11214, Bd. 1

„Wolfsburg, die Stadt im Grünen“ heiße „es völlig zurecht“, stellte ein Westhagener Bürger 1983 in einem Brief an den damaligen Oberbürgermeister Rolf Nolting fest, denn „alle Stadtteile, vom Eichelkamp über Rabenberg bis zur City [l]iegen alle sehr schön im ‚Grünen‘.“ Auch daher sei das Wohnen nicht nur „angenehm und [a]ttraktiv“, sondern auch „gesund“. Doch nun machte der Bürger seinem Ärger Luft: „Westhagen ist da leider eine Ausnahme. Ich wohne jetzt 2 Jahre hier in Westhagen [...] und habe in dieser Zeit festgestellt[,] was hier am meisten [f]ehlt: das Grün.“¹

Der Stadtteil Wolfsburg-Westhagen, ab Mitte der 1960er Jahre nach dem damals dominierenden städtebaulichen Leitbild „Urbanität durch Dichte“ als Großwohnsiedlung geplant und umgesetzt, stand bereits in den 1970er Jahren massiv in der Kritik. Ähnlich wie in anderen bundesrepublikanischen Großwohnsiedlungen wurde das Viertel als solches wie auch seine Bebauung nicht mehr als zukunftsweisend wahrgenommen.² In Westhagen war es aufgrund wirtschaftlicher Krisen des Volkswagenkonzerns, die sich Anfang der 1970er Jahre auch auf die Kommune auswirkten, zu erheblichen Einsparungen und Streichungen im ursprünglichen Konzept gekommen; die Fertigstellung des Stadtteils ging nur schleppend

voran.³ Schon 1973 hieß es seitens der Bewohnerinnen und Bewohner in ihrer Stadtteilzeitung *Westhagen Information* kritisch, dieser sei eine „Betonwüste“ (Abb. 1).⁴ Auch der eingangs zitierte Westhagener Bewohner griff in seinem Schreiben an den Oberbürgermeister diesen Begriff wieder auf. In einem Artikel der Bild am Sonntag wiederum, der sich dem Stadtteil widmete, kam eine Bewohnerin wie folgt zu Wort: „Wohin du guckst – nur Steine und Beton. Die Häuserwände, die Fußwege, sogar die Sitzbänke.“⁵

Dem Chor der Kritikerinnen und Kritiker zufolge sei der gesamte Stadtteil wenig ansprechend, von einheitlichen Baumaterialien und hohen Gebäudeformen geprägt, und dies bei mangelnder gestalterischer Abwechslung. Von wissenschaftlicher Seite wurde ergänzt, dass eben diese Bauweise auch gesundheitliche Risiken in sich berge:

„DER MODERNE STÄDTEBAU IN INDUSTRIELLEN BALLUNGSZENTREN VERSUCHT, AUF MÖGLICHT KLEINER FLÄCHE UND MIT GERINGSTMÖGLICHEM KOSTENAUFWAND FÜR MÖGLICHT VIELE MENSCHEN EINE MODERNE WOHNUNG ZU SCHAFFEN. DAS ERGEBNIS SIND MEIST BETONHOCHHÄUSER ODER GANZE TRABANTENSTÄDTE AUS DICHT GEDRÄNGT STEHENDEN, GROSSVOLUMIGEN BETON-

MIETHÄUSERN (HIER IN WOLFSBURG-WESTHAGEN). DIESE RIESIGEN GEBÄUDEKOMPLEXE TRAGEN DAZU BEI, DIE STÄDTE AUFZUHEIZEN.“⁶

Lösungen für dieses großwohnsiedlungstypische Problem wurden in den 1980er Jahren auf mehreren Ebenen präsentiert. Bundesweit setzte das *Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau* das „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“-Forschungsprogramm (ExWoSt) mit dem Titel „Nachbesserung von Großwohnsiedlungen der 50er bis 70er Jahre“ auf. Im Zentrum dieses Programms stand eine Auswahl an bundesrepublikanischen Fallbeispielen, in denen unter anderem städtebauliche Umgestaltungsmaßnahmen erprobt werden sollten. Eines dieser Vorhaben war die Integration von mehr Grün in den Stadtteilen.⁷ Das Nachbessern in der Freiflächengestaltung und das Schaffen von mehr Grünflächen sollte, so die Hoffnung, eine Reihe von positiven Veränderungen mit sich bringen: Die Großwohnsiedlungen sollten in kleinere Teilbereiche gegliedert und so strukturierter wirken, es sollte den Einwohnerinnen und Einwohnern mehr Raum für Erholungsmöglichkeiten geboten werden, um ihre mentale und physische Gesundheit zu stärken.

Zudem sollten die neuen Grünflächen dabei helfen, die oft bemängelte Anonymität einer Großwohnsiedlung zu überwinden. Die Älteren sollten den grünen Raum für Zusammenkünfte, zum Austausch und zum Verweilen nutzen, die Jüngeren zum Spielen.⁸

Wolfsburg-Westhagen wurde zwar nicht Teil des ExWoSt-Vorhabens, dennoch orientierten sich die städtischen Verantwortlichen, die beteiligten Wohnungsunternehmen und beauftragte Stadtplanerinnen und Stadtplaner der *Technischen Universität Braunschweig* an den Ideen des Programms. Die 1980er (und auch die 1990er Jahre) standen ganz im Zeichen der Umgestaltung. Neben den genannten Akteurinnen und Akteuren wirkte auch ein erneut gegründeter Arbeitskreis Westhagener Bewohnerinnen und Bewohner daran mit. Hinzu kamen eine Anwaltsplanerin und ein Anwaltsplaner, die von der Stadt eingesetzt einerseits als Sprachrohr für die Bewohnerinnen und Bewohner und ihre Belange eintraten, andererseits bei der Umsetzung städtischer Beschlüsse im Stadtteil helfen sollten.⁹

Die Zielsetzung, mehr Grün in das Viertel zu bringen, sollte durch mehrere Organisationsebenen und in unterschiedlichen Größenordnungen umgesetzt werden. Die Ideen und Maßnah-

men richteten sich insbesondere an die Bewohnerinnen und Bewohner, denn nach Vorstellung der Verantwortlichen bedingte ihre Aktivierung und ihr Engagement verstärkte Verantwortungs-, Heimat und Identifikationsgefühle in Westhagen. Dabei standen zwei Maßnahmen zentral: die Umgestaltung der unmittelbaren Wohnumgebung, der Hauseingänge und Vorplätze sowie die Schaffung von Mietergärten.

Mehr Gemeinschaft?
Die Umgestaltung
der unmittelbaren
Wohnumgebung

Die für Westhagen tätige Anwaltsplanerin Eva Dunstheimer gab in aufwendigen Zeichnungen und Plänen eine Vorstellung davon, wie Westhagen im Allgemeinen und das zukünftig umgestaltete Wohnumfeld vor den Häusern im Konkreten aussehen könnte (Abb. 2). Die seitens der Stadtplanung fotografisch festgehaltene Einöde vor Beginn der Umgestaltungsmaßnahmen wie auch die Masse an Beton brach sie mit Entsiegelungen und Begrünungen an den Kontaktzonen auf. Die damals noch versiegelten, betonierten und wenig differenzierten Flächen erschienen durch ihre zeichnerischen Eingriffe weit aus freundlicher und qualitativ hochwertiger.¹⁰

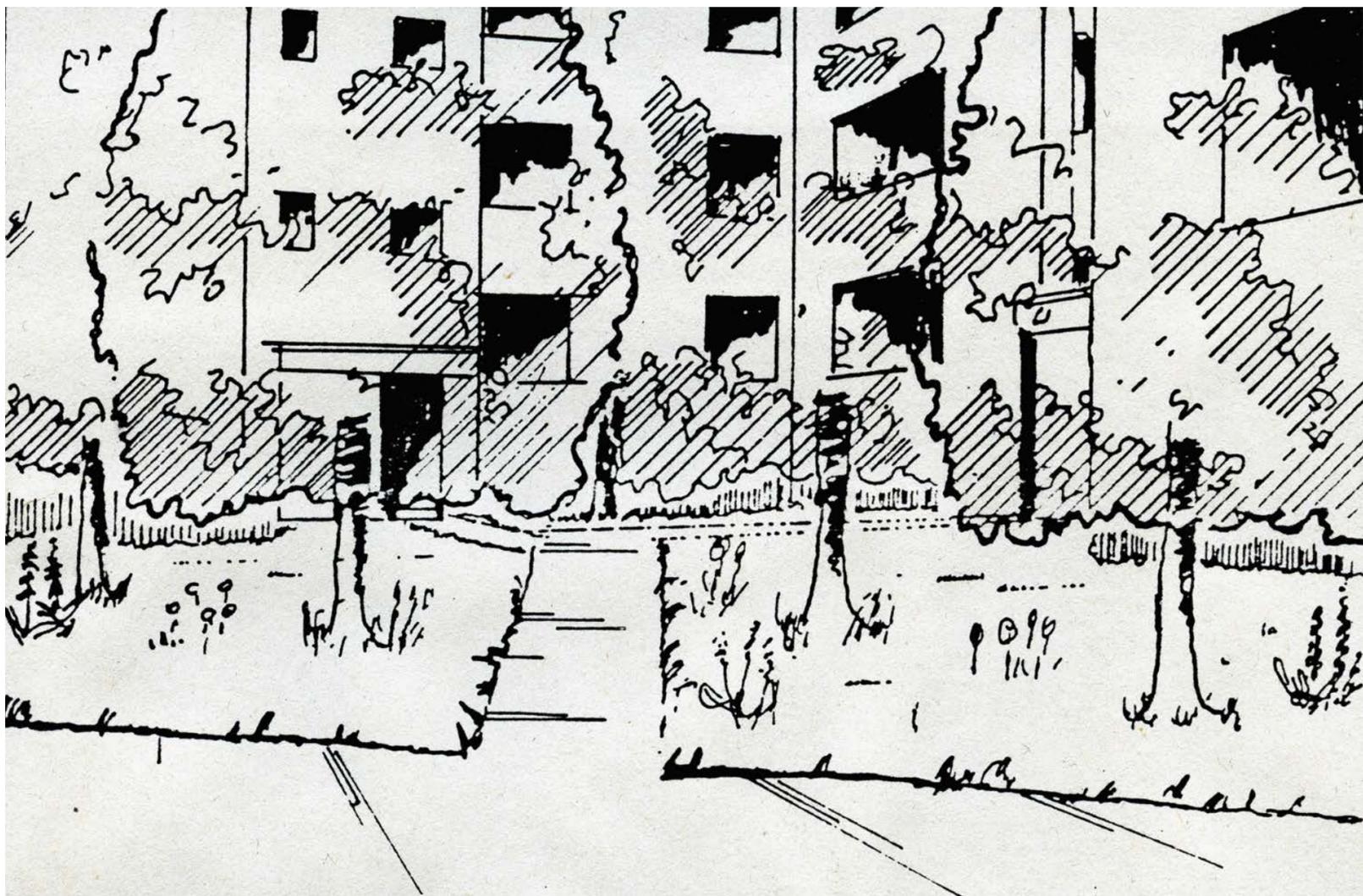


Abb. 2: Zeichnung der Anwaltsplanerin Eva Dunstheimer. Umgestaltungsvorschlag für die Halberstädter Straße (siehe Abb. 1); StadtA WOB, B.1.2, Nr. 11214, Bd. 1

Ihre Zeichnungen sollten die Westhagenerinnen und Westhagener ermutigen, ihrerseits tätig zu werden. Das „Merkblatt für Wohnumfeldverbesserer“ unterbreitete dazu Vorschläge (Abb. 3), welche Pflanzen zum Anbau geeignet seien und wie einzelne Umgestaltungen konkret aussehen könnten:

„1) Steine aufnehmen [...]. 2) Rasen sähen oder Blumenbeete anpflanzen (mit oder ohne Palisaden). 3) Den Platz vor Ihrem Haus mit einem Gebüsch oder einer Hecke zum öffentlichen Bereich abschirmen. 4) eine kleine Sandkiste anlegen. 5) ein Rankgerüst aufstellen. 6) eine Pergola bauen. 7) einen Brunnen anlegen. 8) Bank und Tisch aufstellen. 9) ein kleines Spielgerüst aufstellen. 10) eine Natursteinmauer setzen und bepflanzen. 11) einen Baum pflanzen und noch manches mehr...“¹¹

Für die Materialien und den dazugehörigen Arbeitseinsatz konnten die Bewohnerinnen und Bewohner eines Hauses finanzielle Mittel bei der Stadt Wolfsburg und bei dem jeweilig verantwortlichen Wohnungsunternehmen beantragen. So meldete beispielsweise eine Hausgemeinschaft in der Jenaer Straße an, dass die Mieterinnen und Mieter in 120 Arbeitsstunden eigenständig unter anderem Flächen entsiegelt, Palisaden aufgestellt, Mutterboden aufgefüllt, einen Sandkasten gebaut und eine Bank aufgestellt hätten.¹² Das Wohnungsunternehmen *Neue Heimat* lobte die Initiative der engagierten Mieterinnen und Mieter in seiner Mieterzeitung überschwänglich: „Es gibt Hausbewohner in Wolfsburg, die haben etwas, von dem unzählige Mieter nur träumen – traumhaft schöne Vorgärten, die junge und

alte, quirlige und ruhige Menschen gleichermaßen genießen. So perfekt angelegt, daß man neidisch werden könnte.“¹³ Eine Wohn-Utopie war, zumindest laut der Berichterstattung aus Wolfsburg, Realität geworden. Unterschiedliche Gruppen der Bewohnerinnen und Bewohner hatten mit angepackt und ihr Wohnumfeld gemeinsam gestaltet (Abb. 4). Dieser umgestaltete Raum stand nun für die jeweiligen Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter zur Verfügung. Solche Projekte sollten, so die Hoffnung der Initiatoren, Strahlkraft für weitere Aktivitäten entwickeln.

Mehr private Räume – die Mietergärten in Westhagen

Ein weiterer Ansatz der veränderten Grünflächengestaltung war die Neuaufteilung des Großwohnsiedlungsraumes, der sich „klassisch“ in den öffentlichen Raum mit beispielsweise der Marktzeile oder gemeinsam genutzten Flächen wie Spielplätzen, den halb-öffentlichen Raum mit Hauseingängen oder Treppenhäusern und in den privaten Raum, der eigenen Wohnung, aufteilen ließ. Innerhalb dieser Aufteilung sollte der private Raum mehr Gewicht bekommen. Während die Umgestaltung der Hauseingänge und die sich daran anschließende Nutzung für die gesamte Hausgemeinschaft vorgesehen war, profitierten von dieser Maßnahme insbesondere Mieterinnen und Mieter der Erdgeschosswohnungen von ihrer Wohnungslage im Haus. Denn ihnen wurden die (Grün-)Flächen zur privaten Nutzung zur Verfügung gestellt, die unmittelbar vor ihren Wohnungen lagen. Als zukünftige „Mietergärten“ konnten

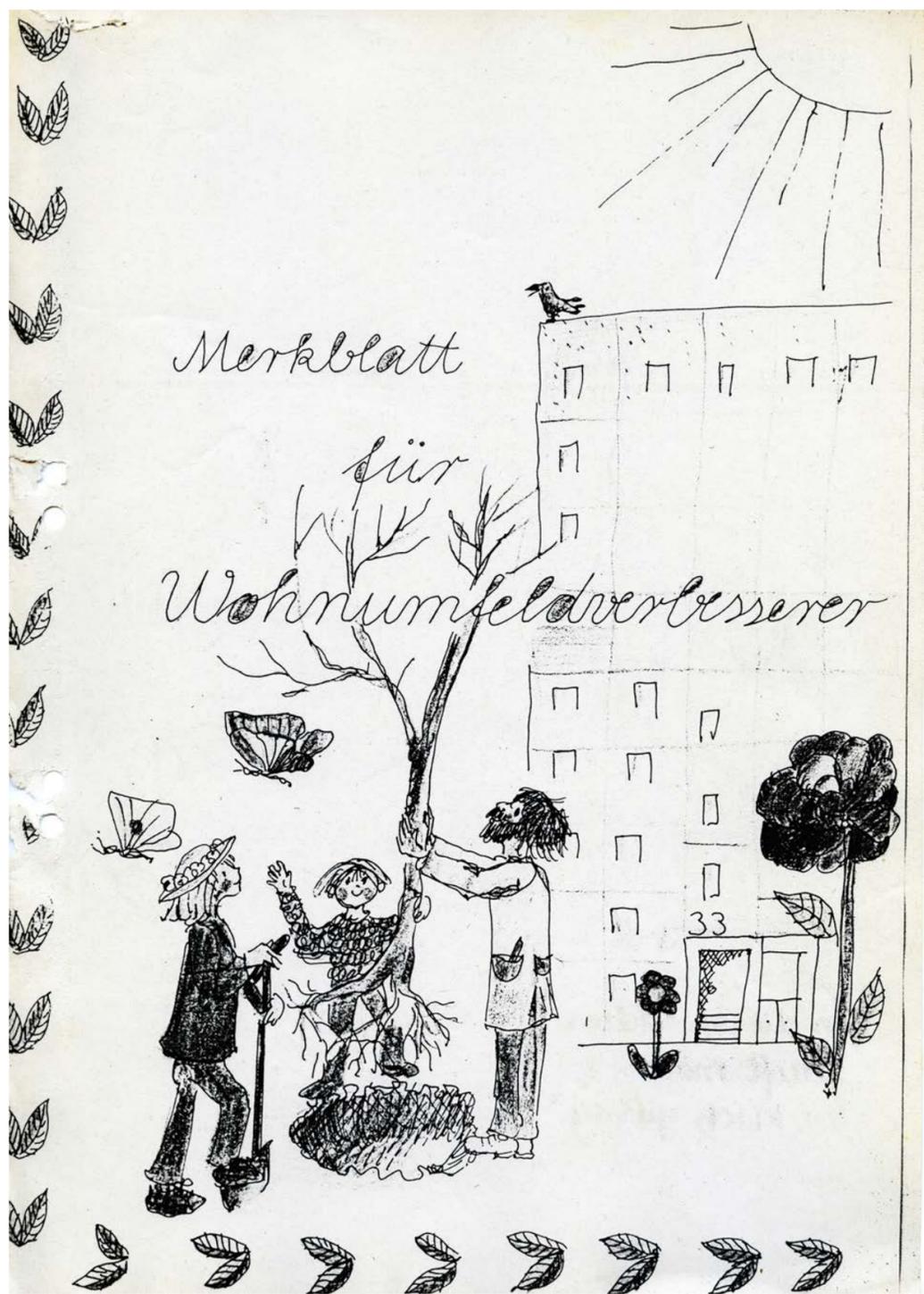


Abb. 3: Mehr Grün in Eigeninitiative? Merkblatt für Wohnumfeldverbesserer in Westhagen; StadtA WOB, B.1.2, Nr. 11216, Bd. 1



Abb. 4: Hauseingangs-Umgestaltung in der Jenaer Straße 43; StadtA WOB, B.1.2, Nr. 11216, Bd. 1



Abb. 5: Mietergärten in Westhagen; StadtA WOB, Diabestand Stadtplanung und Bauberaterung/IZS, #9677



Abb. 6: Zugänge zu den Mietergärten in Westhagen; StadtA WOB, Diabestand Stadtplanung und Bauberaterung/IZS, #9679

sie sie individuell und privat be-spielen.

Dies wurde sowohl als Aufwertung der Wohnungen als auch als Chance für die gesamte Grünflächengestaltung Westhagens beschrieben. Denn die gestalteten Mietergärten verbesserten den Gesamteindruck des Stadtteils und erweiterten die Maßgabe „Mehr Grün“ um individuellere Ausgestaltungen eben dieses geforderten Grüns. In den Überlegungen zu Nachbesserungsmaßnahmen wurde zudem empfohlen, die Räume in der Großwohnsied-

lung kleinteiliger zu gestalten. Zusammenhängende, weitläufige Flächen, die einschüchternd und überdimensioniert wirkten, sollten durch kleinere, gegliederte Flächen aufgebrochen werden. Für diese Flächen wurde die Verantwortung an die Bewohnerinnen und Bewohner übertragen.¹⁴

Wie eben jene wiederum mit diesem Angebot umgingen, dokumentieren Fotografien, die im Bestand des Stadtplanungsamtes aufbewahrt wurden.¹⁵ Darauf sind Zäune zu sehen, die die neu abgesteckten Räume begrenzten (Abb.

5), oder es wurden ausgehend von Balkonen und Terrassen in Form von Treppen neue Zugänge in die Gärten geschaffen (Abb. 6). Die Bewohnerinnen und Bewohner legten Beete oder Rasenflächen an, ließen Wein an den Hauswänden hochranken und verzierten mit dekorativen Elementen wie Geländern, Brunnen oder Gartzwergen Terrassen und Gärten. Die Gärten variierten zwischen Zier- und Nutzgärten. Dabei ist auffällig, dass die Fotografien die Gärten bereits in einem fortgeschrittenen Zustand zeigen, in denen beispielsweise die Pflanzen schon prächtig gedeihen und wachsen. Ähnlichkeiten in der Gestaltung bestehen in der Abgrenzung nach außen – zum gesamten Raum, aber auch den direkten Nachbarinnen und Nachbarn und deren Gärten.

Das Großwohnsiedlungsvorurteil, in einer gleichförmigen Siedlung sei eine homogene Bewohnerschaft vorzufinden, bestätigen die fotografierten Gärten jedenfalls nicht. Die Bewohnerinnen und Bewohner eigneten sich den ihnen zur Verfügung gestellten Raum an. Sie nahmen das ihnen offerierte Angebot an und nutzten die sie umgebenden Flächen für ihre Zwecke. In der Gestaltung der Gärten standen Mieterinnen und Mieter der Großwohnsiedlungen den Besitzerinnen und Besitzern von Eigenheimen und ihren „Do-It-Yourself“-Aneignungspraktiken in nichts nach.¹⁶ Sie machten dies individuell und differenziert, indem sie sich für unterschiedliche Nutzungen entschieden und ihre Räume nach je eigenen Geschmäckern verschiedenartig ausstaffierten. Von den Bewohnerinnen und Bewohner jener Mietwohnungen und von den Verantwortlichen der Initiative in der Stadtverwaltung und den Wohnungsunternehmen konnte dies durchaus als Erfolg gewertet werden. Mehr Grün und mehr gestaltete Flächen erhielten Einzug in die Siedlung. Und auch langfristig veränderte sich etwas,

denn aus den Wohnungen, die einen Mietergarten bereithielten, zogen die betreffenden Mieterinnen und Mieter weitaus seltener aus; sie waren nicht von Leerstand betroffen.¹⁷ Der oftmals kritisierte „Rückzug ins Private“, der ursprünglich in den Westhagener Nachbesserungsideen abgebaut werden sollte, schien mit den getroffenen Maßnahmen allerdings nicht aufgehoben worden zu sein. Vielmehr wurde mit den Mietergärten auf individuelle statt auf gemeinschaftliche Verantwortung gesetzt. Diese Art der Verteilung führte jedoch zu neuen Differenzen und Ungleichheiten unter den Bewohnerinnen und Bewohnern.

Mehr Grün und alles wird besser?

Der eingangs geforderte Bewohner-Wunsch nach einem Mehr an Grün in Westhagen sollte sich im Lauf der 1980er Jahre tatsächlich erfüllen. Betonflächen wurden von der Stadt, den Wohnungsunternehmen und den Bewohnerinnen und Bewohnern umgestaltet. Die Nachbesserungen wirkten und sorgten für ein verbessertes und verschönertes Wohnumfeld. Die Maßnahmen polierten die Oberflächen Westhagens. Wie sehr damit auf immaterieller Ebene ein Mehr an Engagement, Identifikation oder Gemeinschaftlichkeit einherging, ist jedoch zu hinterfragen. Längst nicht alle Hausgemeinschaften nahmen an der Umgestaltung der Hauseingänge teil und zwangsläufig erhielt auch nur ein geringer Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner einen Mietergarten. Letztlich erschienen diese Maßnahmen manch einem Stadtplaner nur als ein weiterer städtebaulicher Modetrend, der keine grundlegenden Veränderungen schuf.¹⁸ Für zeitgenössische Herausforderungen wie eine neue Wohnungsnot oder die Integration neuer Bewohnergruppen griffen die Nachbesserungen jedenfalls zu kurz.

Pia Kleine studierte Soziologie und Geschichte in Münster und Berlin. Seit 2021 arbeitet sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Berliner Hochschule für Technik und promoviert in einem kooperativen Promotionsprojekt mit der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Sie ist assoziiert am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (Forschungsschwerpunkt Zeitgeschichte und Archiv). Der Titel des Promotionsprojektes lautet: „Vergangene Zukunftsstädte? Großwohnsiedlungen als Erfahrungsraum seit den 1980er Jahren“.

- 1 StadtA WOB, B.1.2, Nr. 6896, Allgemeiner Schriftverkehr, Eingaben Oberbürgermeister, 16.8.1983.
- 2 Zur bundesweiten Großwohnsiedlungskritik dieser Zeit siehe Christiane Reinecke, „Am Rande der Gesellschaft? Das Märkische Viertel – eine West-Berliner Großsiedlung und ihre Darstellung als urbane Problemzone“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Jg. 11 (2014), H. 2, S. 212–234 oder das von Sebastian Haumann und Swenja Hoschek herausgegebene Themenheft zu „Großsiedlungen als Problemkonstruktion“, in: Forum Stadt, Jg. 47 (2020), H. 3.
- 3 Dietrich Kautt, „Stadtentwicklung in der Polarität städtebaulicher Leitbilder: Das Beispiel Wolfsburg“, in: Die Alte Stadt – 50 Jahre Wolfsburg, Jg. 15 (1988), H. 2, S. 155–171, hier S. 169.
- 4 StadtA WOB, B.1.2, Nr. 7773, Westhagen Information Nr. 17, Oktober 1973.
- 5 Jürgen Hoffmann et al., „In den USA wurde so was gesprengt“, in: Bild am Sonntag vom 28. Juli 1985.
- 6 Günter Fellenberg, „Stadtökologie“, in: Naturwissenschaften, Jg. 71 (1984), S. 393–403, hier S. 395.
- 7 Siehe dazu Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Städtebaulicher Bericht. Neubausiedlungen der 60er und 70er Jahre. Probleme und Lösungswege. Bonn 1988.
- 8 Olaf Gibbins, Großsiedlungen. Bestandspflege und Weiterentwicklung. München 1988, S. 74.
- 9 Zur Idee der Anwaltsplanung siehe Swenja Hoschek, „Zielkonflikte bei Partizipationsverfahren. Das Beispiel der Anwaltsplanung in Darmstadt-Kranichstein“, in: Matthias Brunner/Maren Harnack/Natalie Heger/Hans Jürgen Schmitz (Hg.), Transformative Partizipation. Strategien für den Siedlungsbau der Nachkriegsmoderne. Berlin 2021, S. 25–34.
- 10 StadtA WOB B.1.2, Nr. 11214, Bd. 1, Umweltschutz in Wolfsburg. Entsiegelungskonzept.
- 11 StadtA WOB B.1.2, Nr. 11216, Merkblatt für Wohnumfeldverbesserer, o. D.
- 12 StadtA WOB B.1.2, Nr. 11216, Antrag an die Stadt Wolfsburg zur Förderung einer Massnahme der Wohnumfeldverbesserung.
- 13 „Vorgarten-Paradise – von Mietern gemacht“, in: bei uns wohnen. Informationen der Neuen Heimat, September 1989.
- 14 StadtA WOB B.1.2, Nr. 11212, Band 1 VaD, Verbesserungsüberlegungen zum Stadtteil Westhagen. Thesen zum Handlungsansatz, 1986.
- 15 Die jeweiligen Fotografien und Fotografen sind nicht bekannt, auch exakte Datierungen sind nicht überliefert.
- 16 Jonathan Voges, „Mit Geschmack und wenig Geld.‘ Heimwerken als Aneignungspraxis des Einfamilienhauses von den 1950er bis in die 1980er Jahre“, in: Zeitschrift für Kulturwissenschaft, Jg. 1 (2017), S. 97–116.
- 17 Hier und im Folgenden Sigurd Trommer, „Städtebau. Wohnumfeldverbesserung in einer Großsiedlung am Beispiel Wolfsburg-Westhagen“, in: Deutsches Architektenblatt, Jg. 12 (1989).
- 18 Technische Universität Braunschweig [Bernd Zeidler, Willi Marbach u. Horst Wilmes], Wolfsburg-Westhagen – Denkanstöße für ein Großquartier der 60er Jahre. Braunschweig 1986.



Abb. 1: Werner Maletzki von der Vertrauenskörperleitung der IG Metall im Volkswagenwerk sowie Manfred Reck, damals IG Metall-Sekretär, halten die klandestin in der Gießerei des Volkswagenwerks gegossene Gedenkplatte der Initiative VW-Arbeiter für den Frieden, Wolfsburg, 8. Mai 1985; Foto: Mechthild Hartung/IZS

Fotokolumne: Stadtgeschichte in Bildern

Gegossen und aus dem Werk geschmuggelt

DIE GEDENKTAFEL DER INITIATIVE VW-ARBEITER FÜR DEN FRIEDEN

VON ALEXANDER KRAUS

Zwei Männer mittleren Alters halten mit konzentrierter Miene, entschlossen und in andächtiger Körperhaltung eine gusseiserne Platte zwischen sich. Fast ehrfürchtig stützt der mit Jeans und leger getragenen weißen Hemd bekleidete Mann auf der linken Bildseite mit seinem rechten Zeigefinger die obere Ecke der Texttafel, ganz darauf bedacht, die Botschaft der Tafel nicht zu verdecken. Die Fotografin Mechthild Hartung hat sie entsprechend in der Bildmitte platziert: „GEDENKSTÄTTE FÜR DIE OPFER DES FASCHISMUS“.¹ Mit der Tafel brachten die Akteure entschieden und entschlossen ihre Unzufriedenheit mit dem bisherigen Namen des Ortes zum Ausdruck. Wir haben es demnach mit einer Protestfotografie zu tun.

Die hochgekrempelten Hemdsärmel, die sich auch bei einigen anderen der seitlich und im Bildhintergrund stehenden Menschen erahnen lassen, deuten auf einen warmen, trockenen Tag hin. Die Laubbäume tragen bereits ihr Blätterwerk. Der Bildkontext bestätigt: Es ist ein Tag im Frühjahr, genauer: der 8. Mai 1985. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa jährt sich zum vierzigsten Mal. Der Ort, an dem die Aufnahme entstanden ist – der damals noch sogenannte Auslän-

derfriedhof an der Werderstraße im Norden der Stadt –, hatte in Wolfsburg längst eine hohe symbolische Aufladung. Das dort stehende Denkmal zur Erinnerung an die toten Kriegsgefangenen, das bereits unmittelbar nach Kriegsende auf Betreiben der sowjetischen Militäradministration errichtet worden war, ist auf der linken Bildhälfte halb zu erkennen: Die beiden Männer – links Werner Maletzki von der Vertrauenskörperleitung der IG Metall im Volkswagenwerk, rechts der IG Metall-Sekretär Manfred Reck – haben sich mit der Gedenktafel just davor positioniert. Dass der einstige Friedhof, auf dem während des Zweiten Weltkrieges verstorbene Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die aus der Ukraine, Russland, Weißrussland und Polen, aber auch aus Spanien, Frankreich oder Italien nach Deutschland verschleppt worden waren sowie deren Kinder neben der städtischen Müllkippe begraben wurden, heute längst als *Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft* bekannt ist, hat auch, aber nicht nur, mit der Gedenktafel zu tun.

Das benannte Denkmal ist auf der Fotografie nicht in Gänze abgeleuchtet: So wird das Relief des

in zerschlissener Kleidung und gebückter Haltung dargestellten jugendlichen Mannes – ein „SU“ auf seiner Hose weist ihn als sowjetischen Kriegsgefangenen aus –, der vor Ort Zwangsarbeit leisten musste,² durch die offenbar neue, großformatige Gedenktafel und Werner Maletzki verdeckt. Auch die als Relief gearbeiteten acht Flaggen am Sockel des Denkmals, die die Einheit der Sowjetunion stilisieren sollten, sind allenfalls zu erahnen. Allein der in kyrillischen Lettern gearbeitete Denkmaltext ist zu erkennen. Offenbar ging es der Fotografin um eine Wiedererkennbarkeit des Ortes, doch sollte an diesem nun eine neue Botschaft platziert werden.

Wie schon der historische Denkmaltext, der den „sowjetischen Bürgern, die während ihrer Kriegsgefangenschaft vom deutschen Faschismus zu Tode gequält wurden“, ewiges Andenken versprach, war auch der Titel auf der neu erstellten Gedenktafel umstritten – die *VW-Arbeiter für den Frieden* demonstrierten damit ihr nicht Einverstanden-sein mit dem bisherigen Status quo. Aber das hatte an diesem Ort gewissermaßen schon Tradition: Der einstige Friedhof war 1973 nach langem Ringen und gesellschaftlichen Protest zu einem städtischen Gedenkort geworden.

Die in dieser Zeit angebrachte Tafel war jedoch mit ihrer Textbotschaft – „Hier ruhen russische und polnische Männer, Frauen und Kinder. Sie wurden zwischen 1941 und 1945 – fern ihrer Heimat – Opfer des Krieges“ – in Teilen der Stadtgesellschaft höchst umstritten. Schließlich ließ sie die NS-Gewaltherrschaft gänzlich unerwähnt. Diesem Text, der die NS-Verbrechen verschleierte, indem die Toten neutral als „Kriegsopfer“ ohne Täter und Taten betrauert wurden, setzte die neue Gedenkplatte mit ihrem kurzen Titel eine neue Botschaft entgegen.

Heimlich Fakten schaffen

Die Unzufriedenheit von Teilen der Wolfsburger Bevölkerung mit der städtischen Erinnerungskultur kumulierte Mitte der 1980er Jahre, als sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen gemeinsam mit dem *Friedensforum in der Arche* für eine Umbenennung des Friedhofes in „Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus“ einsetzten. Zu ihnen zählte auch die *Initiative VW-Arbeiter für den Frieden*, deren Mitglieder sich bereits seit 1981 an den seit den 1970er Jahren alljährlich an diesem Ort stattfindenden Gedenkfeiern beteiligten.³ Doch damals,

anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes in Europa, wurden Forderungen laut, den Friedhof zu einer wirklichen Gedenkstätte zu machen, samt begleitender Ausstellung vor Ort, die zudem in das offizielle Besuchsprogramm der Stadt Wolfsburg aufgenommen werden sollte, um ein eindeutiges Zeichen zu setzen.

Zusätzliches Gewicht bekamen die Forderungen in Form eines Bürgerantrags, den mehr als 5.600 Einwohnerinnen und Einwohner Wolfsburgs unterzeichnet hatten.⁴ Eben diesen Antrag samt der in mehreren Aktenordnern abgehefteten Unterschriftenlisten übergaben die Initiatoren – Pastor Hartwig Hohnsbein, der Fotograf Heinrich Heidersberger und Walter Kaufmann, der damalige 1. Vorsitzende der IG Metall in Wolfsburg – am 8. Mai 1985 im Rahmen der Gedenkveranstaltung an Oberbürgermeister Rolf Nolting. Die Forderung nach einer Gedenkstätte erschien den Aktiven umso berechtigter, als es in den Jahren zuvor wiederholt zu Schändungen des Friedhofes gekommen war. Daher „bewiesen“ die Unterzeichnenden, so der Wortlaut des Antrages, „daß sie aus der Geschichte gelernt haben“.⁵

Besagte Übergabe wurde durch die Aktion der Friedensinitiative

der VW-Arbeiter, deren Ergebnis hier von Mechthild Hartung ins Bild gesetzt ist, tatkräftig unterstützt. Die Arbeiter hatten die Tafel, wie Alfred Hartung in einem Interview mit dem Verfasser erzählt,⁶ nachdem Walter Drechsler die Idee dazu hatte, klandestin in der Gießerei des Volkswagenwerks gefertigt. Man habe das „so unter der Hand“ gemacht, es „nicht an die große Glocke“ gehängt, berichtete Hartung zufrieden. Anschließend schmuggelte sie Manfred Reck aus dem Werk. Als Sekretär der *IG Metall* konnte er damals „vergleichsweise unproblematisch“ mit seinem Pkw das Werksgelände verlassen. Auf der Gedenkfeier wurde die Tafel dann erstmals öffentlich präsentiert, was sodann in den nächsten drei, vier Jahren eine Fortsetzung finden sollte. Hinter der Präsentation stand natürlich die unmissverständliche Aufforderung, endlich eine wirkliche Gedenkstätte zu schaffen. Irgendwann verschwand die Tafel in einem der Keller im Wolfsburger Gewerkschaftshaus, bis sie kurz vor dem Umzug der *IG Metall* in das neu errichtete Gebäude in der Siegfried-Ehlers-Straße zufällig wiedergefunden wurde und 2019 im Eingangsbereich des Neubaus einen repräsentativen Platz bekommen sollte. Dort erinnert sie heute an das Mitwirken der VW-Arbeiterinnen und -Arbeiter an der städtischen Erinnerungskultur.

Die Aktivitäten der Initiative sollten tatsächlich bald Früchte tragen, wie die historische Betrachtung zeigt, sahen sich doch die Mitglieder des Kulturausschusses im Nachgang an die Aktion vom 8. Mai 1985 zu einer erneuten Beratung genötigt. Da man sich dort vor allem am Begriff des „Faschismus“ störte, der in jener Zeit als „kommunistischer Kampfbegriff“ gedeutet wurde,⁷ einigten sich die Vertreter auf den noch heute gültigen Namen. So entstand auf dem ehemaligen „Ausländerfriedhof“ die *Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft*, die schließlich seit 1990 durch eine feste Ausstellung im *Schloss Wolfsburg* begleitet wird. Die auf dem Foto präsentierte Platte ist sichtbares Zeichen für das Engagement der Friedensinitiative der VW-Arbeiter, die einen bleibenden Beitrag für die Aufarbeitungsgeschichte der Stadt Wolfsburg geleistet hat.

Der schwierige Start der *IG Metall* und des Betriebsrats im Wolfsburger Volkswagenwerk

PETER LESSMANN-FAUST IM GESPRÄCH

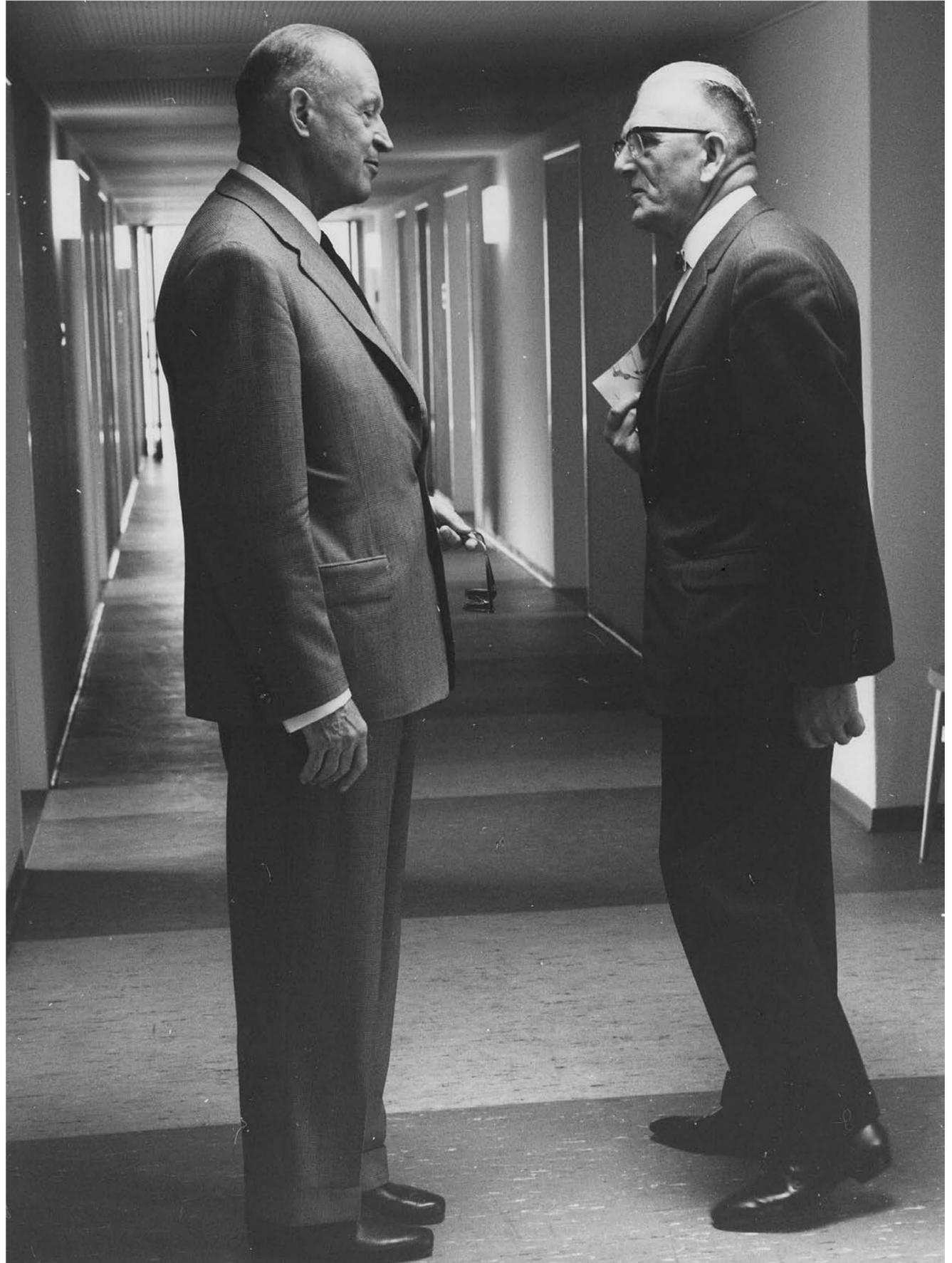


Abb. 1: VW-Generaldirektor Professor Dr. Heinrich Nordhoff (links) im Gespräch mit dem VW-Betriebsratsvorsitzenden Hugo Bork, der zugleich auch Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg war (vermutlich im VW-Verwaltungshochhaus), 1963; Foto: Willi Luther/IZS

1 Ich danke Mechthild Hartung für das zur Verfügungstellen der Fotografie.

2 Zum Denkmal selbst und seiner Vorgeschichte siehe Alexander Kraus, *Stadt ohne Geschichte? Wolfsburg als Demokratielabor der Wirtschaftswunderzeit*. Göttingen 2021, S. 229–261.

3 Interview mit Alfred Hartung zur Geschichte der Gedenktafel am 1. Februar 2022 durch Dr. Alexander Kraus.

4 Siehe dazu Michael Siems, *Konkurrierende Wahrheiten. Geschichtsbilder in Wolfsburg, 1945–1988*. Göttingen 2021, S. 127–129.

5 StadtA WOB, B.1.2, Nr. 10521, Bd. 1, Bürgerantrag: Umbenennung des Ausländerfriedhofes.

6 Hier und im Folgenden Interview mit Alfred Hartung zur Geschichte der Gedenktafel am 1. Februar 2022 durch Dr. Alexander Kraus.

7 StadtA WOB, S 57, Ratsprotokoll 16. Juli 1985.

Alexander Kraus: Wenn es um die Frage der betrieblichen Mitbestimmung und den Einfluss der *IG Metall* geht, wird häufig auf die Vorreiterrolle der Automobilindustrie verwiesen – und hier insbesondere auf das Volkswagenwerk. Dabei wird nicht selten außer Acht gelassen, dass die Voraussetzungen dafür in Wolfsburg alles andere als ideal waren. Das erst im Mai 1938 als Betrieb der *Deutschen Arbeitsfront* gegründete Volkswagenwerk konnte eben-

so wenig wie die nur zwei Monate später noch unter dem provisorischen Namen gegründete „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“, dem heutigen Wolfsburg, auf demokratische Traditionen aufbauen. In Ihrem Anfang des Jahres erschienenen Buch *„Wenig zu bestellen“ in Wolfsburg? IG Metall und Betriebsrat im Volkswagenwerk (1945–1975)* machen Sie eben jene schwierigen Jahre der Nachkriegszeit zu Ihrem Thema.¹ Warum dieses Buch, warum

genau jetzt und warum mit dem Fokus auf das Volkswagenwerk? **Peter Lessmann-Faust:** In der Tat: Der Mitbestimmung, dem Betriebsrat und der *IG Metall* ist ihr heutiger Einfluss nicht von Anfang an quasi in die Wiege gelegt worden. Auch deshalb hat der Betriebsrat des Volkswagenwerks Wolfsburg zu Beginn der 2010er Jahre die Erforschung der Frühgeschichte und der Entwicklung der Mitbestimmung bei Volkswagen angestoßen. Mit dem Mitte

der 1990er Jahre abgeschlossenen Forschungsvorhaben *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich* lag ja schon eine wegweisende Untersuchung der Entstehungsgeschichte des Konzerns vor.² Der damalige Leiter der historischen Kommunikation bei Volkswagen, Dr. Manfred Grieger, erarbeitete ein Konzept, dessen Realisierung und Finanzierung vom Vorstand der *Volkswagen AG* beschlossen wurde. Mit der Forschungsarbeit, der

Zusammenstellung und der Niederschrift der Ergebnisse für eine Veröffentlichung wurde dann 2015 ich beauftragt.

Alexander Kraus: Wie können wir uns nach NS-Diktatur und Zweitem Weltkrieg die Anfänge der betrieblichen Mitarbeit im Volkswagenwerk vorstellen? Die als NS-Mustersiedlung gegründete Stadt kann ich mir nur schwerlich als Hort der Arbeiterbewegung imaginieren. Was waren die spezifischen Herausforderungen und Konstellationen in Wolfsburg?

Peter Leßmann-Faust: Die gewerkschaftlichen Aktivisten, die sich im Juli 1945 zur Gründung einer provisorischen betrieblichen Interessenvertretung zusammenfanden, waren in der Weimarer Republik politisch sozialisiert worden, hatten aber mehrheitlich keine Erfahrungen als Betriebsräte sammeln können. In der NS-Diktatur politisch isoliert und ans Schweigen gewöhnt, war es schwierig für sie, gegenseitiges Misstrauen abzubauen.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war es dann die britische Besatzungsmacht, die die Bildung von Interessenvertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Betriebsebene nicht nur duldete, sondern sogar konkret förderte; sie behinderte und blockierte hingegen bis 1946 die Bildung überbetrieblicher Interessenvertretungen durch Industriegewerkschaften. Dies verschaffte dem ersten aus Wahlen hervorgegangenen Betriebsrat – die Briten hatten diese im November 1945 erlaubt –, eine begrenzte Zeit Unabhängigkeit gegenüber den sich später bildenden Gewerkschaften und förderte Illusionen über die Macht des Betriebsrats im Werk und seine Akzeptanz bei den Werksangehörigen.

Dass es dem Betriebsrat an Beratung fehlte und der Transfer von Erfahrungswissen zu kurz kam, machte die zunehmende Anfeindung des Gremiums durch die erheblich fluktuierende, von der NS-„Betriebsgemeinschaft“-Ideologie geprägte und tendenziell eher gewerkschaftsfeindliche Belegschaft deutlich. Überforderung, Inkompetenz und Skandale des Betriebsrates in der Konfrontation mit einer Belegschaft, die die Ursachen für vielfältig erlebte und gefühlte Misere in den neuen politischen Verhältnissen, nicht aber im Nazi-Regime, suchte, führten zu Beginn der 1950er Jahre zu einer polarisierten Situation im Volkswagenwerk.

Alexander Kraus: Dass die KPD nach anfänglichen Erfolgen im Werk rasch an Bedeutung verlor, erscheint wenig verwunderlich, doch was waren die Gründe für den so schweren Start und Stand der *IG Metall* in den 1950er Jahren? Sicherlich lag das auch an der Art und Weise, wie der Generaldirektor des Volkswagenwerks, Heinrich Nordhoff, die betriebliche Sozialpolitik zu einem Herrschaftsinstrument auszunutzen wusste. Jedoch hat schon der Historiker Rüdiger Gerlach die



Abb. 2: Der Vorstandsvorsitzende der Volkswagenwerk AG, Professor Dr. Heinrich Nordhoff, spricht auf der Betriebsversammlung im VW-Werk Wolfsburg, 1955; Foto: Willi Luther/IZS

starke Legendenbildung rund um den „fürsorglichen Patriarchen“ an der Werksspitze hervorgehoben.³ Der Weg zu einer aktiven Gestaltungspolitik der Gewerkschaft war jedenfalls ein steiniger.⁴

Peter Leßmann-Faust: Generaldirektor Heinrich Nordhoff ließ seit seinem Amtsantritt im Januar 1948 bei seinen Reden während der regelmäßigen Betriebsversammlungen keinen Zweifel daran (Abb. 2), dass er Gewerkschaften für „berufsmäßige Unruhestifter“ hielt. Er wollte den Betriebsrat höchstens als „Mittler“ zwischen Werksleitung und Belegschaft akzeptieren. Mit Begrifflichkeiten, die er bis in die 1960er Jahre hinein benutzte – „Arbeitskameraden“ als Bezeichnung für die Werksangehörigen, „kriegsstarke Division“ als Synonym für die Gesamtbelegschaft –, erleichterte er es den Belegschaftsmitgliedern, die bereits in der Kriegszeit im Werk gearbeitet hatten, aus Kriegsgefangenenlagern entlassen oder von ihren Wohnorten in den Ostgebieten vertrieben worden waren und im Volkswagenwerk Arbeit gefunden hatten, mental in der nationalsozialistischen „Betriebsgemeinschaft“-Ideologie zu verharren.

Durch seine Politik dauernder betrieblicher sozialpolitischer Verbesserungen, sehr guter Lohnzahlungen und ständiger Neueinstellungen erhielt er den Nimbus des entrückten Wohltäters, in dessen Schatten die Interessenvertretungspolitik des Betriebsrats und vor allem der *IG Metall* auf Werksebene als obsolet, schlimmstenfalls als störend empfunden wurde. Es geriet der *IG Metall* auch zum Nachteil, dass Nordhoff nicht dem Arbeitgeberverband beigetreten war. Daher mussten in der Folge Haustarifverträge mit der *IG Metall* ausgehandelt werden, die nach allgemeiner Ansicht für die Beschäftigten überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten, sodass das von dem Gewerkschaftstheoretiker Viktor Agartz entwickelte Konzept der expansiven Lohnpolitik bei Volkswagen nicht realisierbar war. Da das Volkswagenwerk der Bitte niedersächsischer Metallarbeitgeber und der Bundesregierung Folge leistete, den Tarifabschlüssen wenig Publizität zu gönnen, war das Werk für die *IG Metall* nicht „kampagnenfähig“, die tatsächlichen Verhandlungserfolge gingen ihrer für die *IG Metall* potenziell mitgliedergenerierenden Wirkung verlustig.

Alexander Kraus: Was hat Sie während Ihrer Recherche und beim Nachvollziehen der dabei aufscheinenden Problemkonstellationen aus den Nachkriegsjahren im Volkswagenwerk besonders überrascht?

Peter Leßmann-Faust: Das starke Engagement und die Präsenz des *IG-Metall*-Vorsitzenden Otto Brenner habe ich so nicht erwartet. Unmittelbar nach der Kommunalwahl in Wolfsburg im November 1948, die den Rechtsextremen bekanntlich exorbitante Stimmengewinne gebracht hatte, reiste der Leiter des *IG Metall*-Bezirks Hannover und spätere Vorsitzende der *IG Metall*, Otto Brenner, im Auftrag des Vorstands nach Wolfsburg, um die politischen Verhältnisse und Stimmungen in der lokalen Parteienlandschaft und in den Gewerkschaften vor Ort zu eruieren. Um die demokratischen gewerkschaftlichen Kräfte im Betriebsrat des Volkswagenwerks zu stabilisieren und langfristig zu stärken, setzte er auf die Wahl des früheren Metallgewerkschaftlers und Sozialdemokraten Hugo Bork zum Vorsitzenden des Betriebsrates. Dieser hatte das Kriegsende in Wolfsburg als VW-Werksangehöriger, NSDAP-Mitglied und „Blockwart“ erlebt, hatte seit

seiner Entnazifizierung 1948 dem *IG Metall*-Vertrauensleutekörper angehört und seit Mai 1950 im Betriebsrat als Geschäftsführer gearbeitet. Er wurde im Mai 1951 zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt.

Sehr wahrscheinlich hatte Brenner durch den *IG Metall*-Vorstand und den DGB-Vorsitzenden Hans Böckler zudem den Auftrag bekommen, die Gesamtsituation des Werks und die Problemkonstellationen dort zu sondieren, um die Übernahme des Volkswagenwerks durch die Gewerkschaften vorzubereiten. Denn Böckler postulierte – wie andere führende Gewerkschafter auch –, dass das Werk mit Hilfe des 1933 den Gewerkschaften von den Nationalsozialisten geraubten Geldes errichtet worden sei und nun in die Hände der Gewerkschaften zurückgelangen müsse. Noch im Januar 1950 schien für Böckler „die Zueignung des Volkswagenwerks an die Gewerkschaften“ unmittelbar bevorzustehen. Brenner beriet die *IG Metall*-Betriebsräte bei Besuchen in Wolfsburg oder wurde von diesen in Hannover zur Beratung aufgesucht. Er sorgte im Mai 1954 für Borks Berufung in den Beirat der *IG Metall*, um diesen noch mehr in die Diskussionen der Führungsebene der Gewerkschaft einzubinden, jedoch sicherlich auch, um ihn besser führen zu können.

Im Herbst 1954 schließlich entsandte er seinen persönlichen Referenten im Vorstand der *IG Metall*, Heinz Ruhнау, nach Wolfsburg, um die Mitgliedszahlen der *IG Metall* im Werk zu erhöhen und die Bekanntheit der Gewerkschaft in der Region zu steigern. Das Verhältnis von Brenner zu Bork blieb bis zum Ende von dessen Amtszeit als Betriebsratsvorsitzender 1971 gespannt und distanziert.

Alexander Kraus: Sie schreiben in Ihrem Buch so markant, die Zeit des ‚Wirtschaftswunders‘ habe für die *IG Metall* nicht wirklich „zu den goldenen Jahren“ gehört.⁵ Ende des Jahres 1962 hätte der für die Bildungsarbeit zuständige *IG Metall*-Vorstand Heinz Dürrbeck sogar eine, wie Sie schreiben, „Generalabrechnung mit der Arbeit des Betriebsrates unter Hugo Bork und der *IG Metall*-Verwaltungsstelle Wolfsburg unter Bernhard Tyrakowski“ an seine Vorstandskollegen verschickt. Ab wann begann die *IG Metall* eine wirkliche Rolle zu spielen und was waren die Voraussetzungen dafür?

Peter Leßmann-Faust: Bei den Betriebsratswahlen im April 1955 errang die *IG Metall* mit 58,8 Prozent der Stimmen erstmals die absolute Mehrheit. Das war auch auf die Arbeit Heinz Ruhnaus zurückzuführen, aber natürlich vor allem ein persönlicher Erfolg Hugo Borks. Mit seiner Politik, die Nordhoff in seiner Führungsrolle nicht behinderte, kam er bei der Mehrzahl der Werksangehörigen gut an (Abb. 1). Abgesehen von der bis zum Beginn der 1960er Jahre im Lohnempfängerbereich noch deutlich aus-



Abb. 3: Siegfried Ehlers, seit 1971 Betriebsratsvorsitzender bei der Volkswagenwerk AG, 5. März 1976; Foto: Renate Reichelt/IZS

gebauten absoluten Mehrheit bei den Betriebsratswahlen – 1957: 80,9, 1959: 83,3, 1961: 81,1 und 1963: 82,2 Prozent –, war die Erhöhung des Organisationsgrades, der sicher auch durch die „Modellwerbung“ Heinz Ruhnaus angestiegen war, nicht von langer Dauer. Von 1955, als 23,3 Prozent der Belegschaft der *IG Metall* angehört hatten, ging es bis 1958, als 37,4 Prozent erreicht wurden, zwar nach oben, dann jedoch entwickelte sich der Anteil der Gewerkschaftsmitgliedschaft in der Belegschaft bis 1961 mit 34,6 Prozent wieder rückläufig. Damit war fast wieder die Marke von 33,5 Prozent im Jahr 1950 erreicht. Hugo Bork ließ die von Ruhnau angestoßenen Aktionen nicht weiterführen, sondern sah zum Beispiel die *IG Metall*-Vertrauensleute weiterhin nur als Hilfstruppen des Betriebsrats bei anstehenden Wahlen.

Zu Beginn der 1960er Jahre änderte die Führung der *IG Metall* jedoch ihre bis dahin kritische Einstellung gegenüber den im Verdacht des Betriebsegoismus stehenden Betriebsräten und unterstützte deren Professionalisierung auf allen Ebenen durch Bildungsmaßnahmen, vorangetrieben vor allem durch den *IG Metall*-Vorstandsreferenten Hans Matthöfer. Die *IG Metall* gewann dadurch Zugang zum Herrschaftswissen aus den Betrieben.

Nachdem Bork im Oktober 1961 neben dem Vorsitz im Betriebsrat zusätzlich noch das Amt des Oberbürgermeisters von Wolfsburg übernommen hatte, ließ seine Prägekraft im Betriebsrat allerdings nach. Siegfried Eh-

lers, der 1956 Vorsitzender der Lohn- und Akkordkommission des Betriebsrats geworden und 1958 als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der *Volkswagenwerk GmbH* eingezogen war, sowie Walter Hiller, ab 1966 Leiter der *IG Metall*-Angestellten-gruppe im Betriebsrat, begannen, an einem neuen Profil des Betriebsrats zu arbeiten.

Die Wirtschaftskrise von 1966/67, die eine Personalreduzierung und Kurzarbeitsphasen nach sich zog, machte die Beschäftigungsprobleme und die Vermeidung von Massenentlassungen zum zentralen Konfliktfeld zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung. Krisenerfahrung und Krisenerwartung änderten die Einstellung der Belegschaft des Volkswagenwerks zur *IG Metall*, deren Organisationsgrad 1967 immerhin die 50-Prozent-Schwelle überschritt, nachdem 1961 nur ein starkes Drittel der *IG Metall* angehört hatte. Seit den Absatzkrisen von 1966/67 und 1971/72 und der tiefgreifenden Existenzkrise des Unternehmens von 1974/75 mit ihren Personalreduzierungen und Kurzarbeitsphasen, begann die Beschäftigungspolitik die Bedeutung zu erlangen, die sie in den späteren Jahrzehnten für die Interessenvertretung der Arbeitnehmer hatte.

Alexander Kraus: Was kennzeichnet die Zeit Siegfried Ehlers' im Betriebsratsvorsitz im Vergleich zu der seines Vorgängers Hugo Bork?

Peter Leßmann-Faust: Hugo Bork gelang es mit seiner ge-

duldigen, hartnäckigen und ausgleichenden Wesensart, die ihm zugeordnete Aufgabe der Zurückdrängung der rechten, von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern gebildeten „Opposition“ im Betriebsrat und in der örtlichen *IG Metall* zu erfüllen. Den seit 1955 stärker werden Forderungen aus der *IG Metall*-Führung, eine ihr entsprechende Programmatik zu vertreten und die *IG Metall*-Strukturen im Werk zu stärken, entzog er sich, und fügte sich in die ihm von Nordhoff zugewiesene Rolle als „Mittler“ zwischen der Unternehmensführung und den Werksangehörigen.

Siegfried Ehlers löste Hugo Bork im September 1971 im Vorsitz des Betriebsrates ab (Abb. 3). Im Gegensatz zu Bork ließ er nie einen Zweifel daran, dass er als Betriebsratsvorsitzender gleichzeitig der erste Mann der *IG Metall* im Volkswagenwerk war und sah diese als Gegengewicht zum Vorstand im Unternehmen. Die 1972 erfolgte Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und das Mitbestimmungsgesetz von 1976 halfen, die Mitbestimmung im Volkswagenwerk zu modernisieren und weiterzuentwickeln.

Dr. Peter Leßmann-Faust, Jg. 1955. Studium der Fächer Geschichte und Deutsch an der Universität Bielefeld. Promotion zum Thema „Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf“ (2. Aufl. Frankfurt am Main 2012 [Düsseldorf 1989]) bei Prof. Dr. Hans Mommsen, Ruhr-Universität Bochum. Mitarbeit am Forschungsprojekt „Das Volkswagen-

werk und seine Arbeiter im Dritten Reich“. Von 1992 bis zum Eintritt in den Ruhestand 2021 arbeitete er als Bildungsreferent in der politischen Erwachsenenbildung.



- 1 Peter Leßmann-Faust, „Wenig zu bestellen“ in Wolfsburg? *IG Metall und Betriebsrat im Volkswagenwerk (1945-1975)*. Frankfurt am Main/New York 2024.
- 2 Hans Mommsen/Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*. Düsseldorf 1996.
- 3 Rüdiger Gerlach, „Die betriebliche Sozialpolitik Heinrich Nordhoffs. Zwischen ökonomischem Kalkül und paternalistischer Fürsorge“, in: *Das Archiv. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte*, Jg. 2 (2017), Nr. 6, S. 1-4, hier S. 1; ders., *Betriebliche Sozialpolitik im historischen Systemvergleich. Das Volkswagenwerk und der VEB Sachsenring von den 1950er bis in die 1980er Jahre*. Stuttgart 2014.
- 4 Siehe dazu Dimitrij Owetschkin, „Auf dem Weg zur Gestaltungspolitik. Entwicklungstendenzen der betrieblichen Mitbestimmung bei Volkswagen zwischen ‚Wirtschaftswunder‘ und Wiedervereinigung“, in: *Das Archiv. Zei-*

tung für Wolfsburger Stadtgeschichte, Jg. 2 (2017), Nr. 4, S. 10f.; ders., *Vom Verteilen zum Gestalten. Geschichte der betrieblichen Mitbestimmung in der westdeutschen Automobilindustrie nach 1945*. Bielefeld 2016.

- 5 Hier und im Folgenden Leßmann-Faust, „Wenig zu bestellen“ in Wolfsburg? (Wie Anm. 1), S. 158f.

DAS ARCHIV

HERAUSGEBER
Institut für Zeitgeschichte und
Stadtpräsentation
der Stadt Wolfsburg

INSTITUTSLEITUNG
Anita Placenti-Grau

REDAKTION
Dr. Alexander Kraus
Aleksandar Nedelkovski
Anita Placenti-Grau

BILDREDAKTION
Katja Steiner

ANSCHRIFT
Stadt Wolfsburg,
Institut für Zeitgeschichte und
Stadtpräsentation,
Goethestr. 10 a, 38440 Wolfsburg,
Tel. (05361) 27 57 30,
Fax. 27 57 57,
E-Mail: izs-stadtarchiv@stadt.wolfsburg.de
www.wolfsburg.de/izs

Disclaimer: Trotz sorgfältiger Bemühungen konnten nicht alle Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Wir bitten darum dem IZS bestehende Ansprüche ggf. mitzuteilen.

AUFLAGE: 500
ISSN 2367-4431